

rt nur
is
h abend.

usenhemden
ros und Streifen
Stück 2⁹⁰

Blusen
in vielen Farben
3⁵⁰

nder-Kleider
-70, durchweg 4⁹⁰
-60, durchweg 2⁸⁵

n-Paletots
Stück 4⁵⁰

rie III
22.50
Stück 10⁰⁰

tots
Serie III
14⁵⁰

3275

un wie Frau.

llorenen.

geben von
abe. --
zu je 20 Pfennig.

Juni in der Buch-
nen.

sauf nach kurzem,
reusorgender Vater,
ntel, der Qualide

ald
mit der Bitte um
nedst Kinder.

langem schweren
[3273]
eb. Mensching,
Hinterbliebenen an
nebst Kinder.

Abonnementspreis
für Bielefeld und Umgegend, so-
wie bei sämtlichen Agenturen frei
ins Haus gebracht 60 Pfg. monat-
lich. Durch die Post bezogen
1,80 Mk. vierteljährlich inklusive
Bestellgeld.
Einzelnnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage täglich nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 353.

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie
für das östliche Westfalen und die sippischen Fürstentümer.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Nr. 136.

Bielefeld, Dienstag, 15. Juni 1909.

20. Jahrg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Die Maiseier.

Die „Frankfurter Volksstimme“ überschreibt ihren Artikel „Die Reform“ der Maiseier. Er lautet folgendermaßen:
Diese Bezeichnung für die Beschlässe des Hamburger Metallarbeiterverbandes zur Maiseierfrage hat Genosse Severing-Bielefeld als Berichterstatter jener Kommission geträgt, der die Begründung der Resolution vor der Beschlußfassung zur Diskussion im engeren Kreise zugewiesen wurde, so daß eine Debatte im Plenum des Verbandes gar nicht stattfand. Eine „Reform“ der Maiseier! Das hört sich wie ein blutiger Hohn an, ist aber durchaus nüchternen Ernst. An der selbständigen, einmütigen revolutionären Kundgebung des internationalen Proletariats ist „reformiert“ worden von der größten deutschen Gewerkschaftsorganisation. Weniger Verbandsbeamte und mehr praktisch tätige Arbeiter sollten diesmal als Delegierte zur Generalversammlung entsandt werden. Und doch ist die „Reform“ der Maiseier mit großer Mehrheit, mit 129 gegen 51 Stimmen, beschlossen worden. Dieser Tatbestand gilt es offen ins Gesicht zu sehen. Es gilt, sie zu verstehen, zwar nicht, um alles zu verzeihen, aber doch, um uns zu verständigen.
Die „Reform“ besteht nach dem Wortlaut des Metallarbeiter-Beschlusses darin, daß den Mitgliedern des Verbandes die Beteiligung an der Arbeitsruhe am 1. Mai nicht mehr „zur Pflicht gemacht“, sondern daß es vielmehr „jedem einzelnen Mitgliede überlassen wird, sich an ihr unter Beachtung der internationalen Kongreßbeschlüsse und Ueberrahme aller sich aus der Arbeitsruhe am 1. Mai ergebenden Folgen zu beteiligen“. Als Gründe werden angegeben, daß die Arbeitsruhe in der Eisen- und Metallbranche ohne schwere wirtschaftliche Kämpfe und dadurch bedingte Schädigung der wirtschaftlichen Interessen nicht zu erreichen sei, sowie, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai als gewerkschaftliches Kampfmittel zur Erreichung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen und zur Befestigung bereits errungenen Positionen nicht betrachtet werden könne, indem sie ihrem inneren Wesen nach eine genügende Berücksichtigung tatsächlicher Maßnahmen nicht ermögliche. Dieser Wortlaut des Beschlusses zeigt, daß es sich in Wirklichkeit nicht um eine „Reform“ der Maiseier, sondern um eine grundsätzliche Verwerfung der Arbeitsruhe am 1. Mai aus Gründen der Gewerkschaftstaktik handelt. Von dem unmöglichen Ding einer „Reform“ wurde nur gesprochen, um der Sache einen gelinderen Namen zu geben. Und vollends die beiden Referate von Reichel und Severing, die der auch von uns benutzte offizielle Verbandsbericht nur zu kurz abtut, die aber das „Hamburger Echo“ ausführlicher bringt, lassen gar keinen Zweifel über die Absicht der Metallarbeiter-Mehrheit, die Arbeitsruhe am 1. Mai als Kampfmittel endgültig zu beseitigen. In dem Augenblick, in dem „jeder Einzelne“ darüber entscheiden soll, ob er feiert oder nicht, wo die Arbeitsruhe also aufhört, der Gedanke und das Ziel der Organisation zu sein, ist für die Arbeiter tot.

Im ersten Referate versuchte Genosse Reichel das Grab, das er schaffte, durch einen Kranz geschichtlicher Anerkennung zu schmücken. Die Organisation habe jetzt schon vielfach zum Reineinhalten, Reineinhalten und darüber hinaus geführt. In diesem Resultat habe sich die Anregung des Pariser Internationalen Kongresses mit beigetragen. Sie habe Arbeiter und auch bürgerliche Politiker angeregt, sie habe auch Regierungen und Parlamente auf die Bahn der Arbeitszeitverkürzung getrieben. Dieser wichtige Fortschritt wäre in dem Umfange nicht eingetreten, wenn nicht durch die Maiseier die Bewegung tiefen Gehalt und eifrige Förderung erhalten hätte. Man werde der historischen Bedeutung der Maiseier durchaus gerecht, wenn man ihre Leistungen in der Vergangenheit feststelle. Nach diesem Lob auf die Vergangenheit mußte der Nachweis kommen, daß dasjenige, was bisher anregend und anfeuernd wirkte, diesen Zweck nicht mehr erfülle. Und den Versuch dieses Nachweises machte Genosse Reichel auch. Man kann aber nicht sagen, daß er ihm besonders glücklich sei. Zur Stellung von Forderungen eigne sich die Festlegung eines ganz bestimmten Tages im Jahre am allerwenigsten. Mit Verlaub: wer hat denn jemals den wahnwitzigen Gedanken geäußert, daß die Forderung des Achtstundentages und der Arbeitsruhe nur auf den 1. Mai „festgelegt“ werden sollte? Natürlich sollte von jeher die Organisations- und Agitationsarbeit des ganzen Jahres sich schon darauf richten, für die Arbeitszeitverkürzung und die Mairuhe etwas herauszuschlagen bei Lohnkämpfen und Tarifabschlüssen. Und war das Jahr ungünstig, so nahm es niemand den Metallarbeitern übel, daß sie darauf Rücksicht nahmen. Desto mehr würden sie in Zeiten günstiger Konjunktur für die Mairuhe eintreten. Es kam nur darauf an, daß sie den Gedanken eines vom internationalen Proletariat selbst eingeführten Feiertages nicht überhaupt fallen ließen. Das ist aber jetzt mit dem Hamburger Beschluß geschehen, trotzdem die von Reichel angeführte Statistik der Metallarbeiterbeteiligung an der Maiseier gegen seinen und für unseren Standpunkt sprach. Er teilte mit, daß die Beteiligung organisierter Metallarbeiter an der Arbeitsruhe in den guten Jahren 1905/06 von 5,18 auf beinahe 9 Proz. gestiegen, dann aber in den beginnenden schlechteren Geschäftsjahren bis auf 2 Proz. gefallen sei. Wie kann man aber nach so glänzenden Steigerungsergebnissen in guter Geschäftszeit die mangelhafte Beteiligung in bösen Jahren allein gelten lassen? Die Zeiten ändern sich wieder. Und dann hätte der Metallarbeiterverband mit seinen Mitteln leicht weiter über die 1906 erreichten 9 Proz. fortschreiten können, wenn er die agitatorische Bedeutung der Maiseier für die Gegenwart und Zukunft ebenso hoch einschätzte, wie er es für die Vergangenheit tut. In dieser mangelhaften Einschätzung liegt die Erklärung für die Hamburger Beschlüsse. Das war aus dem Schlussreferat des Genossen Severing mit noch größerer Deutlichkeit zu erkennen. Er meinte:

Die Demonstration lasse sich nicht auf einen uns genehmen Zeitpunkt verschieben, sie finde zu einer Zeit statt, wo die Konjunktur in vielen Branchen eine ungünstige, keine Erfolgs versprechende sei. Sehr interessant seien die Ausführungen eines Nürnberger Delegierten gewesen, der in der Kommission sagte, man müsse den Kampf um die Arbeitsruhe aus Idealismus führen, nicht auf Kosten der Organisation. Die Sache liege aber doch so, daß sie zu einer reinen Organisationsfrage geworden sei. Man habe gegen uns den Vorwurf erhoben: Ihr seid alle Krämmer geworden, ohne Begeisterung, bar jeder Ideale! Das müsse er kurzerhand zurückweisen. Der Idealismus dürfe nicht einen Tag dauern, sondern 365 Tage.

Genau dasselbe, was sein Schlussatz bejaht, erwidern wir dem Genossen Severing. Wenn unter Idealismus 365 Tage dauere, dann stellt er den ganzen Apparat der Gewerkschaftsorganisation, alles Tun und Lassen des Verbandes von vornherein auf die mögliche Erreichung der großen, gemeinsamen Ziele der gesamten Arbeiterbewegung und ihre propagandistischen Mittel ein. Und ein solches Mittel von höchster Wirkung war die internationale Maiseier mit ihrer sich allmählich ausdehnenden internationalen Arbeitsruhe. Schlimme Wirtschaftskrisen brachten Rückschläge, aufsteigende Konjunktur immer neue Fortschritte. Der Schwung des weltumfassenden revolutionären Mairgedankens rief immer neue Teile der Massen mit. Damals stand der Mairgedanke über den Organisationen und entflammte sie. Heute wird er „zu einer reinen Organisationsfrage“ gemacht, d. h. es wird gefragt, ob er umgekehrt den Einzelorganisationen und ihren Berufszielen in allen Fällen paßt und ihnen nicht auch manchmal Schwierigkeiten bereitet, und da diese Frage allerdings für schlechte Zeiten auch von uns nicht verneint werden kann, so soll das entscheidend werden und eine Gemeinamkeit des revolutionären Willens und Strebens aufgegeben sein, die bisher die fortgeschrittenen Arbeiter der ganzen Welt anfeuernd und begeisternd umschlang. Die gemüthliche Sonntags- oder Abendfeier tritt an Stelle der internationalen Willensumgebung des Proletariats, die den symbolischen Mairgedanken von Periode zu Periode höher hob und unter Benutzung aller günstigen Umstände die Gleichgültigen und Schlafenden zur Hebung ihrer Kräfte mit fortriß.

Wer so stark, wie wir, von der verbenden Bedeutung der internationalen Maiseier überzeugt ist, gibt aber auch nach den Hamburger Beschlüssen der deutschen Metallarbeiter die Hoffnung nicht auf, daß die Zeiten wiederkehren, in denen wir mit der ganzen organisierten Macht der deutschen Arbeiterkraft hinter der Propaganda für das Weltfest stehen. Vielleicht müssen wir aus noch größeren und gewaltigeren Kämpfen lernen, daß die Taktik der Nachgiebigkeit unwirksam ist, vielleicht werden uns die Feiertage, Standinavier und Romanen noch lehren, welche hinreichende Kraft doch im proletarischen Mairgedanken liegt. Die Maiseier kann in Deutschland eine Zeit lang begraben sein und schlafen, aber sie wird desto kräftiger wieder auferstehen, wenn die zugespitzten Massenengegenstände und Kampflinien auch die großen Gewerkschaften von der unzerstörbaren Lebenskraft des revolutionären Mairgedankens überzeugt haben.

Soweit die „Frankfurter Volksstimme“. Zustimmung haben den Artikel bisher das „Halle'sche Volksblatt“ und die „Dortmunder Arbeiterzeitung“ abgedruckt. Das „Hamburger Echo“ bringt ihn rein referierend zur Kenntnis seiner Leser.

Die neuen Steuern.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht in ihrer Dienstagsnummer (15. Juni) Einiges aus dem Inhalt der von der Regierung dem Reichstage vorgelegten neuen Steuern. Einleitend bemerkt das Regierungsbüro: „Die verbündeten Regierungen halten an dem Grundsatz fest, daß von dem neuauflubringenden Steuerbedarf von 500 Millionen Mark wenigstens 100 Millionen ausschließlich auf die Schultern der besitzenden Klassen gelegt werden müssen. Sie hatten zu diesem Zwecke eine Nachlasssteuer samt einem Verfallssteuerzuschlag und die Erweiterung des Erbschafts des Staates in Vorschlag gebracht. Für diese Abgaben in ihrer ursprünglichen Form ist keine Mehrheit im Reichstage vorhanden. Andererseits können die verbündeten Regierungen den von der Finanzkommission des Reichstages ausgearbeiteten Steuern auf Wertpapiere und auf den Wertzuwachs bei Grundstücken nicht zustimmen. Die in den bisherigen eingehenden Verhandlungen zur Reichsfinanzreform vergeblich unternommenen Versuche, die Verfallssteuerfrage in anderer Weise befriedigend zu lösen, haben dargetan, daß es in den durch die bundesstaatliche Verfassung vorgezeichneten Verhältnissen für das Reich eine andere allgemeine Besitzsteuer als die Erbschaftsteuer nicht gibt. Die verbündeten Regierungen sind bereit, der Ausdehnung der Erbschaftsteuer eine Form zu geben, die den geltend gemachten Einwendungen und Wünschen Rechnung trägt und bringen dementsprechend eine neue Vorlage ein. Räßt sich durch eine allgemeine Besitzsteuer der Betrag von 100 Millionen Mark nicht erreichen, so erübrigt es sich nur, den Vermögensbesitz in seinen einzelnen Erscheinungsformen in direktem Anschluß an verschiedene wirtschaftliche Vorgänge, die ihn im Verkehr in die Erscheinung treten lassen, steuerlich zu erfassen, und zwar den Besitz an Immobilien und Mobilien durch eine Stempelabgabe auf die Vermögensumschüttungen, den reinen Kapitalbesitz durch eine Erhöhung des Effektenstempels. Innerhalb der sonstigen, von den verbündeten Regierungen vorgeschlagenen Steuern haben ferner zurzeit keine Aussicht auf Annahme die Besteuerung der Inferate und der elektrischen Kraft. Die von der Finanzkommission des Reichstages hier in Aussicht genommenen Maßregeln, die Mairumlaufsteuer und der Kohlenausfuhrzoll sind aus den hier wiederholt dargelegten Gründen abzulehnen. Für die entstehenden Ausfälle soll vielmehr Deckung geschaffen

werden durch Verkehrssteuern, und zwar durch eine Stempelabgabe beim Eigentumswechsel von Grundstücken, durch eine Erhöhung des Wechselstempels und durch die Einführung eines Schedstempels.“

Ueber den Inhalt der einzelnen in Vorschlag gebrachten Erbschaftsteuern wird folgendes mitgeteilt: Gegen die Nachlasssteuer ist nicht nur von den grundsätzlichen Gegnern einer Besteuerung des Gatten- und Kindererbes, sondern auch von denen, die einer derartigen Erweiterung der Erbschaftsteuer zustimmend gegenüberstehen, der Vorwurf erhoben worden, daß auf die Zahl der Erben keine Rücksicht genommen werde. Für die Form der Nachlasssteuer sprechen nun zwar vom finanziellen Standpunkt aus eine Reihe gewichtiger Gründe, die Möglichkeit, mit niedrigen Prozentsätzen anzufangen und doch ansehnliche Erträge zu erzielen, weil die Steuer sich auf eine breitere Gesamtmasse aufbaut, ferner der Umstand, daß die Wechselsteuer sich finanztechnisch nur mit einer Nachlasssteuer zweckmäßig verbinden läßt.

Die zugunsten dieser Steuerform geltend gemachten Gründe sind für die verbündeten Regierungen nicht von solcher Bedeutung, daß sie nicht auch zu einem Ausbau der Erbschaftsteuer auf Ehegatten und Kinder bereit wären. Der neue Entwurf soll einer Reihe von Einwendungen Rechnung tragen, die in den Debatten gegen die vorgeschlagene Erbschaftsteuer erhoben sind. Bei der Bestimmung des Gatten- und Kindererbes scheidet der Mobiliarbesitz, soweit er nicht in Kapitalien, insbesondere in Wertpapieren besteht, von der Besteuerung aus. Ferner ist die Freilassung des Gatten- und Kindererbes im Entwurf vorgesehen. Die neue Steuer soll nach einer eingetragenen Bestimmung dann nicht erhoben werden, wenn der Erbnährer der Familie im Falle gefallen ist.

Der Entwurf sieht das Recht des Erbschaftssteueramtes vor, unter Umständen eine Versicherung an Eidesstatt über die Richtigkeit und Vollständigkeit der eingereichten Erbschaftsteuererklärung und der weiteren Angaben zu fordern, um eine Sinnerziehung unmöglich zu machen. Beträgt der Wert des Gesamtnachlasses unter 20 000 Mk., dann tritt Steuerfreiheit ein, gleichviel, wie hoch der Erwerb des einzelnen Erben ist. Die Steuerpflicht für Kinder und minderjährige Ehegatten soll erst bei einem Erbanfalle von mehr als 10 000 Mk. beginnen. Im übrigen sind alle diejenigen Vergünstigungen zugunsten des landlichen Grundbesitzes wiederholt, die der früher vorgelegte Entwurf enthielt.

Der Mehrertrag der erweiterten Erbschaftsteuer wird auf 68 Millionen Mark veranschlagt, wovon nach Abzug eines Anteils der Bundesstaaten für das Reich ein Ertrag von 55 Millionen Mark erwartet wird.

Stempel auf Feuerversicherungs-policen. Durch Freilassung der kleineren Versicherungswerte unter 5000 Mark soll auf das geringere Maß der Leistungsfähigkeit Rücksicht genommen werden. Es wird eine Stempelabgabe von Quittungen über gezahlte Versicherungsprämien vorgeschlagen, die, in Höhe von jährlich ein Viertel vom Tausend der Versicherungssumme erhoben, einen Ertrag von etwa 35 Millionen Mk. bringen soll.

Der nicht erjagte, in Wertpapieren bestehende Kapitalbesitz soll durch eine nochmalige Erhöhung des Effektenstempels belastet werden. Es sollen in Zukunft entrichtet werden: Von inländischen Aktien 2½ Proz., von ausländischen 3 Proz., von Anleihen 3 Mk., von Einzahlungen auf solche 2½ Proz., von inländischen privaten Renten und Schuldverschreibungen, sowie solchen ausländischer Staaten und öffentlicher Verbände ufw. 1 Proz., von sonstigen ausländischen Obligationen 1½ Proz., endlich von Renten und Schuldverschreibungen inländischer öffentlicher Verbände 3 vom Tausend. Neu hinzu treten die Aktien der deutschen Kolonialgesellschaften mit 1½ Prozent. Der Mehrertrag aus diesen Tarifänderungen wird auf etwa 10 Millionen Mark geschätzt.

Wertzuwachssteuer von Grundstücken: Der von der Beurkundung der Eigentumsübertragung zu erhebende Wertstempel soll ½ Prozent betragen. Die Steuer soll 20 Millionen Mark bringen.

Als Verkehrssteuern, die an den Geldumlauf anknüpfen, werden eine Erhöhung des Stempels für gewisse Wechsel und ein Schedstempel vorgeschlagen. Es wird mit einem Ertrage von insgesamt 20 Millionen Mark gerechnet.

Der Wechselstempel soll nur für solche Wechsel, die länger als drei Monate laufen, erhöht werden, und zwar im ersten Jahre für einen und dann für je fernere sechs Monate der Laufzeit um eine weitere Abgabe in Höhe des bisherigen Stempels.

Auf Ech e d s soll ein fester Stempel von 10 Pfg. pro Exemplar erhoben werden.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Reichseinnahmen 1908. Im Rechnungsjahr 1908 sind, nach dem „Zentralblatt für das Deutsche Reich“, folgende Einnahmen des Deutschen Reiches an Zöllen, Steuern und Gebühren, abzüglich der Ausfuhrvergütungen ufw., sowie der Verwaltungslosten zur Reichskasse gelangt:

Rölle 545 956 360 Mk. (— 98 788 704 Mk.), Tabaksteuer 10 814 658 Mk. (— 147 916 Mk.), Zigarettensteuer 15 629 184 Mk. (+ 2 949 276 Mk.), Zundersteuer 144 085 575 Mk. (+ 5 720 144 Mk.), Salzsteuer 57 592 469 Mk. (— 151 252 Mk.), Branntweinsteuer: a) Malischottischsteuer 13 032 591 Mk. (+ 64 453 Mk.), b) Verbrauchsabgabe und Zuschlag 105 576 456 Mk. (— 4 743 659 Mk.), c) Brennsteuer 2 470 577 Mk. (+ 5 076 938 Mk.), Schaumweinsteuer 5 491 646 Mk. (+ 134 913 Mk.), Brausteuer und Uebergangsabgabe von Bier 51 048 258 Mk. (— 2 723 616 Mk.), Spielartenstempel 1 785 314 Mk. (— 10 639 Mk.), Wechselstempelsteuer 16 405 968 Mk. (— 931 826 Mk.), Reichsstempelabgaben: 1. 10er-

weisungssteuern: A) von Wertpapieren 27 152 773 Mark (+ 3 284 896 Mt.), B) von Kauf- und sonstigen Anschaffungs- geschäften 12 021 500 Mt. (+ 2 899 279 Mt.), C) von Lotterien: a) für Staatslotterien 32 380 660 Mt. (+ 313 063 Mt.), b) für Privatlotterien 10 753 604 Mark (+ 1 065 919 Mark), 2. Reichseigene Steuern: A) von Frachtturnden 14 107 127 Mt. (- 1 608 752 Mt.), B) von Personentransporten 18 463 825 Mt. (- 720 264 Mt.), C) von Erlaubnisarten für Kraftfahrzeuge 1 876 668 Mt. (+ 309 398 Mt.), D) von Vergütungen an Mitglieder von Aufsichtsräten 3 352 617 Mt. (- 744 841 Mt.), Erbschaftsteuer 30 032 093 Mt. (+ 3 817 849 Mt.), Statistische Gebühr 1 446 193 Mt. (- 62 248 Mt.).

Gegen den Seimarbeiterklub. Ende dieses Monats findet in Dresden eine Sitzung des Ausschusses des Verbandes sächsischer Industrieller statt, die sich mit der weiteren Verbesserung des Seimarbeiterklubs, wie er in der Gewerbeordnungs- kommission beschloffen wurde, befassen soll.

Gegen den Bäckerarbeitsklub. Der Bäcker-Annun- derungs-Verband, der gegenwärtig in Coburg tagt, nahm eine Resolution an, in der er sich gegen jede Verbesserung des Bäckerarbeitsklubs wendet, vor allem gegen eine Aus- dehnung der Sonntagsruhe und gegen den 36stündigen Ruhetag. Es wurde dann ferner die Gründung eines Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Bäckergewerbe ge- fordert.

Die polnische Sprache vor Gericht. Vor dem Charlotten- burger Schöffengericht fand eine Verhandlung gegen Mitglieder des polnischen Wahlvereins statt. Während der Beratung der Richter über das Urteil unterhielt sich der Verteidiger Stobinski mit den Angeklagten in polnischer Sprache. Der Staatsanwalt beantragte ganz erregt eine Ordnungsstrafe von 50 Mark für den Rechtsanwalt, weil er vor einem deutschen Gericht polnisch gesprochen habe. Das Gericht lehnte die Verhängung einer Ordnungsstrafe ab, da es selbstverständlich keinem Verteidiger verwehrt werden könne, in beliebiger Sprache sich mit seinen Klienten zu unterhalten. Der Rechtsanwalt will sich über den Staatsanwalt beschweren.

Das Beschwerderecht der Beamten. Stuttgart, 13. Juni. Eine große Debatte über das Koalitions- und Be- schwerderecht der Beamten gab es gestern im württembergischen Landtag. Sie endete mit der Niederlage der Regierung. Ein- stimmige Annahme fand eine vom Ministerpräsidenten be- kämpfte Erklärung, worin ausgesprochen wird, daß es durchaus einer vor zwei Jahren vom Landtag gefassten Resolution ent- spreche, wenn mehrere oder eine Gruppe Beamter gemeinsam Beschwerde führen gegen dienstliche Maßregeln, wodurch sie ge- meinsam in Lebensschwierigkeiten geraten. Veranlaßt war die Debatte durch die Maßregelung einiger Beamter.

Zum Streik der Ärzte in Schiltigheim bei Stralsburg i. E. nahm am Freitagabend eine sehr stark besuchte Volksversam- lung Stellung, die in einer Resolution erklärte, daß die vom Verein Stralsburg-Land an die Ortskrankenkasse gerichteten Forderungen viel zu hoch sind. Da diese Forderungen mit Sicherheit eine enorme Beitragserhöhung oder aber die Auf- hebung der Familienunterstützung nach sich ziehen würden, protestiert die Versammlung energisch gegen das die Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sowie die Gemeinde schwer- schädigende Verhalten der Ärzte, um so mehr, als diese Herren vor allem die durch die Krise schon schwer heimgeführten Arbeiter in erster Linie treffen und keine Ursache haben, über zu niedrige Honorierung (6,65 Mt. pro Mitglied und Jahr) sich zu beklagen. Die Versammlung verlangt, daß die Ärzte ihr Verhalten auf- geben und der Rasse im Sinne der Vorschläge des Rassenvor- standes ein Entgegenkommen zeigen. — Der Gemeinderat von Schiltigheim beauftragte in seiner letzten Sitzung den Bürger- meister, an den Verhandlungen der Rasse mit den Ärzten teil- zunehmen.

Obligatorische Arbeitslosenversicherung. Das badische Mi- nisterium des Innern hat eine umfangreiche Denkschrift über die Arbeitslosigkeit veröffentlicht. Die Denkschrift spricht sich für die Anwendung des Genfer Systems für die organisierten Arbeiter, für die Anwendung des Kölner Systems für die nicht- organisierten Arbeiter aus. Sollten die nichtorganisierten Ar- beiter von der freiwilligen Versicherung nicht den wünschens- werten Gebrauch machen, so sei ein Gesetz zu erlassen, das die Gemeinden beauftragt, auf Grund eines Ortsstatuts eine obligato- rische Arbeitslosenversicherung der ortsanfässigen Arbeiter ein- zuführen und hierfür einen Beitrag zu erheben. — Zu einer Aussprache über diese Vorschläge des Ministeriums findet nächstens eine Konferenz statt, zu der neben den Vertretern der größeren und mittleren Städte auch solche der Unternehmer und der Gewerkschaften eingeladen werden sollen.

Der Prozeß gegen Eulenburg. Berlin, 14. Juni. Das Kammergericht hat den Beginn der außerordentlichen Schwin- dergerichtsperiode, in der gegen den Fürsten Eulenburg wegen Meineids und Verletzung zum Meineide verhandelt werden soll, auf den 5. Juli festgelegt. Zum Vorsitzenden ist Land- richterdirektor Kanjow ernannt worden. Die Auslösung der Geschworenen hat bereits heute vormittag stattgefunden. Was die Erhöhung der Kaution von 100 000 Mt. auf 500 000 Mt. betrifft, so hat das Kammergericht, nachdem die Strafkammer dem Ersuchen des Staatsanwalts um Erhöhung nicht nachge- kommen war, bereits am 4. Juni die Erhöhung beschlossen, da es durch die Kaution des Fürsten Eulenburg ins Ausland einen Rückverdracht nicht für ausgeschlossen hielt und auf Grund eines schon damals ergangenen Gutachtens der wissenschaftlichen Deputation von der Verhandlungsfähigkeit Eulenburgs über- zeugt wurde. Diese achtstägige Frist für die Kautionstellung lief bereits am Sonnabend ab, und nachdem der Verteidiger Rechtsanwalt Wronker einen vergeblichen Versuch gemacht hatte, die Erhöhung der Kaution durch die schnelle Rückkehr Eulen- burgs nach Berlin als unnötig hinzustellen, wurden die zu den 500 000 Mt. noch fehlenden 400 000 im letzten Moment hinter- legt, wodurch der Angeklagte der sofortigen Verhaftung entging.

Aus dem Reichstag.

Ueber den Arbeitsplan des Reichstages be- richtet der „Berliner Lokalanzeiger“: Der Seniorenkonvent des Reichstages wird am Dienstag Dispositionen über die Ge- schäftsliste treffen. Die Steuervorlagen sollen erst in einer Generaldebatte nochmals besprochen werden, da die Finanzkom- mission dem Plenum vollständig neue Vorlagen mit ganz ge- ringen Ausnahmen vollstreckt. Im Seniorenkonvent soll der Vorschlag gemacht werden, in der laufenden Woche die Sittings bereits um 12 Uhr mittags beginnen zu lassen, da Kommissio- nen kaum noch arbeiten werden, dagegen in der nächsten Woche, wenn die Finanzkommission tagen wird, die Sitzungen um 1 Uhr beginnen zu lassen. Nach einer allgemeinen Debatte von 4 Tagen glaubt man die Einzeldebatten für jede Vorlage auf etwa 1 1/2 Tage ansetzen zu können, so daß die 2. Lesung aller Steuervorlagen, auch der neuen Erbschaftsteuern, am 3. Juli er- ledigt sein und die 3. Lesung sich sofort anschließen könnte. Die Verabschiedung der Beschlüsse dürfte in 2 bis 3 Tagen erledigt werden, so daß etwa am 10. Juli die Vertagung des Reichstages auf den Herbst erfolgen könnte.

Wohin geht der Kurs?

So fragt die „Deutsche Tageszeitung“, daß sich die Re- gierung nicht den Wünschen der Agrarier gefügt hat, bringt das Blatt direkt aus dem Häuschen. Die „Deutsche Tageszeitung“ bezeichnet die augenblickliche Situation als eine immer unüber- ständlicher werdende und meint, daß die Haltung der Regierung überhaupt nicht mehr sachlich zu erklären sei. Sie weist darauf hin, daß noch nie eine deutsche Regierung einen ähn- lichen Erfolg auf dem Gebiete der Ordnung der Reichsfinanzen zu verzeichnen hatte, wie die gegenwärtige. Denn neben der Gesamtsumme hat die Kommissionsmehrheit auch die Kardinal- forderung der Regierung zugesandt, daß ein Teil der neuen Steuern den Besitz treffen soll.

Dies Verlangen widerspricht nicht nur aller Tradition der Reichspolitik, sondern sogar der bis dahin durchaus vorherr- schenden Auffassung von dem Sinne der Bestimmungen der Reichsverfassung; und sie widerspricht jedenfalls auch den bisher auf das Entschiedenste festgehaltenen finanzpolitischen Ueber- zeugungen großer Parteien des Reichstages, ohne deren Mit- wirkung das Reformwerk wenig aussichtsreich erscheinen dürfte.

Da trat ein Fall ein, wie er wiederum in der deutschen Reichsgeschichte, ja wie er überhaupt in ähnlichen Situationen der Geschichte noch nie dagewesen ist: Dieselbe Regierung, die seit Jahr und Tag nicht aufgehört hatte, zu betonen, daß die endliche Ordnung der Reichsfinanzen eine nationale Notwendig- keit ersten Ranges, und daß jeder Tag unnötigen Aufschubs dieser Reform ein schwerer Schaden für die Wohlfahrt des Reiches sei, schlug die Reform, die eine opferbereite und tat- kräftige Mehrheit ihr fertig entgegenbrachte, aus; und dieselbe Regierung, die bisher immer wieder erklärt hatte, daß die lange Verzögerung der Entscheidung selbst das Ansehen des Reiches nach außen hin ernstlich schädige, jetzt dem entgegenkommenden Programm der bewilligungsbereiten Mehrheit neue Vorschläge entgegen, die neuen Streit und neue schwere Hemmnisse für das Reformwerk bringen! „Nach einleuchtenden sachlichen Gründen für diese Haltung der Regierung wird man vergeblich suchen. Es handelt sich doch gegenüber der immer steigenden Finanznot und Verschuldung des Reiches nicht um die Erb- schaftsteuer, sondern darum, daß der Hunger des Reiches end- lich gestillt wird; es handelt sich nicht um irgend einen steuer- lichen Einzelplan, sondern um die Finanzreform!“

Die Behauptung, daß das Zentrum durch die Annahme der Mehrheitsvorschläge wieder zur Herrschaft kommen müsse, ent- behrt doch wirklich jeder sinnvollen Logik. Dazu wäre die erste Voraussetzung jedenfalls, daß der Freisinn sich, wenn man nicht seine Forderungen bei der Finanzreform erfüllt, weiter den Staatsnotwendigkeiten verweigere. Ein solcher Standpunkt wäre aber doch eine Fehlleistung, die der Freisinn selber weit von sich weisen wird. Dann bliebe aber nur eine Annahme übrig, so sehr man sich dagegen auch sträuben mag: Daß die Regierung die Reform nicht gegen die Linke machen will! Das wäre frei- lich ein Standpunkt, der jeden Patriot mit schwerster Sorge erfüllen müßte; denn das hieße nichts anderes, als daß der ver- antwortliche Leiter der Reichspolitik, der über den Parteien stehen soll, einen großen nationalen Erfolg, eine erste nationale Notwendigkeit, nicht unter Dach und Fach bringen kann, weil er sich einer Partei oder einer Parteikonstellation gegenüber äußerlich oder innerlich nicht mehr frei fühlt. Ein solcher Standpunkt bedeutet den tatsächlichen Anfang der Erstarrung einer parlamentarischen Regierung. Er wäre um so gefährlicher und unheilvoller, in einer Zeit wie der jetzigen, wo wir seit den Novembertagen bereits den ersten großen Generalsturm der Linken in der Richtung auf ein parlamentarisches Regiment erlebt haben, der nur mit Mühe und Not hat abgesehen werden können! Stehen die Dinge so, dann wäre die Haltung der Regierung freilich „erklärt“, aber dann würde es sich aller- dings auch um mehr als um die Reichsfinanzreform handeln; dann ginge der Kampf um nicht mehr und nicht weniger als um die Frage, ob im Reiche entgegen der jetzigen, auf monarchischer Grundlage beruhenden Reichsverfassung des parlamentarische System zur Geltung kommen soll.“

Die Ausführungen des agrarischen Blattes entbehren jeder „sinnvollen Logik“. Wenn die Regierung sich der Reichstags- mehrheit ohne weiteres fügt, so ist das keine parlamentarische Regierung. Wenn sie aber nicht mit der Reichstagsmehrheit durch Dick und Dünn geht, dann ist das eine. Man muß es den Agrariern lassen: Sie verstehen es auch famos, die Be- griffe auf den Kopf zu stellen. Sie haben eben ihre eigene Sprache. Wie kann man auch von diesen Herren verlangen, daß sie sich der Sprache des gemeinen Volkes bedienen? Wenn ihnen eben etwas nicht paßt, so schimpfen sie einfach über parla- mentarische Regierung.

Vor der Entscheidung.

Unter dieser Ueberschrift schreibt die „Kölnische Zeitung“ am Schluß eines längeren Artikels:

„Die Frage ist nur, ob der konservativ-kerikale Block es wagt, die Finanzreform dem deutschen Volke im einseitigen agrarischen Standesinteresse und im politischen Interesse des konfessionellen Zentrums aufzuzwingen oder ob sie im Interesse des Staatsganges gemacht wird. Fürst Bülow hat uns nicht ins Vertrauen gezogen, aber wir glauben nicht, daß ein Staats- mann seines Schlags seine Reputation vor der Weltgeschichte preisgeben und seinen Namen an die Spitze einer Aera setzen wird, in der nicht die ausgleichende Gerechtigkeit, sondern wirt- schaftlicher Klassenegoismus Trumpf ist. Dazu kommt, daß es psychologisch unmöglich wäre, daß Fürst Bülow nach allem, was vorgefallen, um solchen Preis mit Herrn Erzberger einen inner- lich unwahren und unhaltbaren Frieden schloße, in dessen das sind Persönlichkeitsfragen der zweiten Linie. Möge Fürst Bülow oder ein anderer einer solch konservativ-kerikalen Finanz- gestaltung den Stempel geben, sicher ist dann ein Kampf ohne- gleichen, der auf Jahrzehnte hinaus unser politisches Leben ver- ändernd wird. Niemals stand der Reichstag vor einer solchen schweren Entscheidung; selten aber war auch ihm, was er im Einklang mit den Interessen des Staatsganges zu tun hat, so klar und deutlich vorgezeichnet, wie heute.“

Zu den neuen Steuervorlagen bemerkt das Blatt: „Da sie zum Teil eine recht schwere Belastung bedeuten, werden sie von keiner Seite gern angenommen werden, wie überhaupt man Steuern nie gern annimmt. Aber sie zeigen immerhin eine ganz gewaltige Besserung, wenn man sie mit denen vergleicht, mit denen die Rumpfkommision uns beglücken wollte. Wenn die Gesetzentwürfe in amtlicher Form vorliegen, wird man er- messen können, ob und in welchen Punkten sie veränderungs- fähig sind und ob ihre Bewilligung durch die Notwendigkeit, dem Reiche die zu seinem Unterhalt nötigen Gelder zu gewähren, gerechtfertigt ist.“

Der Wert einer militärischen Verächtung.

Das Generalkommando des 14. Armee Korps (Waben) hatte vor einigen Tagen in der Angelegenheit des Zusammenstoßes eines Fuhrmannes mit dem Leutnant Freund vom Karlsruher Telegraphenbataillon, worüber an dieser Stelle berichtet wurde, folgende Erklärung erlassen:

„Bei dem am 25. Mai stattgehabten Zusammenstoß eines Fuhrmannes des Telegraphenbataillons ist der Ausbruch

„Reißt ihn runter, stecht ihn nieder, den Hund!“ nicht ge- fallen. Das Kommando: „Säbel heraus!“ hat der beteiligte Offizier nicht gegeben. Von seiner Waffe hat er erst Gebrauch gemacht, nachdem der Reutcher mit der Peitsche nach ihm ge- schlagen hatte.“

Ngl. Generalkommando 14. Armee Korps.

Der Karlsruher „Volksfreund“, der die Affäre erst aufge- deckt hatte, da kein einziges bürgerliches Blatt sich an die mili- tärhierarchische Gewalt hat, erklärte, er halte seine Behauptungen aufrecht. Er fügte hinzu, es sei doch allbekannt, daß beim mili- tär Zusammenstoß von Offizieren mit Zivilisten nicht wortlos sich abspielten. Zudem habe der Leutnant den Fuhrmann mit dem Säbel geschlagen, ehe der angegriffene Fuhrmann zur Ab- wehr die Peitsche brauchte. Noch heute sei die rechte Hand des Fuhrmanns verbunden.

Die Staatsanwaltschaft Karlsruhe hat nun am Ende der verflochtenen Woche den Fuhrmann über die Affäre vernommen. Er hat wörtlich bestätigt, daß die Worte: „Reißt ihn runter, stecht ihn nieder, den Hund!“ (womit der Fuhrmann gemeint war) gefallen sind. Auch das Kommando: „Säbel heraus!“ sei gegeben worden. Der Fuhrmann nannte auch einen Augen- zeugen, einen Schreinermeister aus einem kleinen Orte bei Karlsruhe. Dieser ist am 9. d. M. vernommen worden. Auch er bestätigt die Angaben des „Volksfreunds“. Somit ist die tat- sächliche Feststellung der Verächtung als nicht zutreffend er- wiesen worden. Das Generalkommando des 14. Armee Korps hätte besser getan, zu schweigen. Es hat der von ihm vertretenen Institution und dem Leutnant Freund keinen Dienst geleistet.

Die Parlamentswahlen in Holland.

Freitag haben in Holland die Wahlen zur zweiten Kammer stattgefunden. Sie brachten einen gewaltigen Erfolg der liberal-konservativen Koalition unter Führung des früheren Ministerpräsidenten Kuyper. Eine Woffische Depesche meldet, daß gewählt wurden: 7 Liberale, 3 Demokraten, 25 Katholiken, 20 Protestanten, 9 von der Partei der historischen Christen. 36 Stichwahlen haben stattgefunden, an denen 23 Liberale, 7 De- mokraten, 11 Sozialisten, 21 Protestanten, 2 Katholiken und 8 von der Partei der historischen Christen beteiligt sind.

Damit ist die bisherige „liberale“, allerdings nur auf zwei Stimmen beruhende Kammermehrheit, die auch die Sozialisten umfaßt, beseitigt. Die Liberalen verloren in Amsterdam vier Bezirke, im Haag zwei. Verloren gingen ferner für sie Gorin- chem, Kampen, Raamdam und Enkhuizen. In Nordbrabant und Limburg sind alle liberalen Kandidaten gewählt worden. Die Stichwahlen geben für die Liberalen nur geringe Hoffnung. Die neue Kammer wird voraussichtlich aus 60 Liberalen und 40 Antiliberalen bestehen.

Bemerkenswert ist die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen, obgleich der Wahlkreis Eusebe (Vertreter Van Kol) verloren gegangen ist. Bisher waren in der zweiten Kammer acht sozialdemokratische, sämtlich der revisionistischen Richtung angehörig. In 77 Kreisen hatte die alte (revisionistische) Partei Kandidaten aufgestellt, die neue (marxistische) Partei in vier Kreisen. Welche sozialdemokratischen in den elf Stichwahlen in Frage kommen, ist zurzeit hier noch nicht bekannt; es wird nur mitgeteilt, daß Van Kol ausfallen sei und daß der Führer der Revisionisten, Troelstra, in zwei Kreisen (einem Amster- damer und dem von Leuwarden) in Stichwahl stehe gegen zwei Liberale, aber kaum Aussicht auf Erfolg habe, da die Stimmen- zahl der christlichen Parteien den bürgerlichen Kandidaten zu- gute kommen dürfte.

Als bezeichnend wird von dem holländischen Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“ angeführt, daß in den großen Städten des Landes, Rotterdam und Amsterdam, in denen 1905 aus Furcht vor der Einführung der Schutzölle und aus Ab- neigung gegen das kuyperische Regime die liberale Gefinnung besonders stark hervortrat, diesmal das sogenannte christliche Element große Fortschritte gemacht hat. Wie sehr der kuyperische Geist den Wahlfeldzug beherrschte, zeigt das Beispiel eines calvinistischen Pfarrers in Utrecht, der in der Kirche für den Sieg der kuyperischen Koalition beten ließ und anriet, nur die- jenigen zu wählen, die die kuyperische „Antithese“ anerkennen, und verkündete, daß man Gott antreue, wenn man diesem Prinzip antreue werde. (Die „Antithese“ Kuypers, die im Lande die leidenschaftlichen Kämpfe hervorrief, teilt die Bevölkerung in Christen, d. h. Katholiken und Calvinisten, und Heiden, d. h. Liberale, ein.) Kuyper, der in der Kirche zu Harderberg eine Wahlrede gehalten hat, bekämpfte den Freihandel, der lediglich durch die großen Städte Amsterdam und vor allem Rotterdam verteidigt werde. Der Handel von Rotterdam aber werde zum großen Teil durch deutsche Firmen betrieben, sagte Kuyper weiter in der Absicht, die antideutschen Elemente zugunsten der Schutz- ölle auszubuten, aus deren Erträgen nach Kuypers Auf- fassung die Kosten der sozialen Geleise und die Staatsunter- stützung für die konfessionellen privaten Schulen bestritten wer- den sollen.

Ein durchaus neues Element in der diesmaligen Wahl- kampagne bildet das energische Eingreifen der Frauen, die in vielen Wahlversammlungen die Kandidaten auf ihre Gefinnung bezüglich des Frauenwahlrechts festzuheben suchten. Automobile mit Damen durchfuhren die Städte; die Damen verteilten Flug- blätter, die zum Eintreten für das Frauenwahlrecht aufforderten.

Frankreich.

Etat und Kirche. Bordeaux, 14. Juni. Ueber den Prozeß gegen den Kardinal Andrieu wird gemeldet: Vor dem Untersuchungsrichter erschien der Kardinal Andrieu, um sich zu rechtfertigen über den Inhalt seiner Rede vom 28. März d. J. Der Kardinal beanprucht alle Verantwortlichkeit für die von ihm gemachten Äußerungen. Was die Verwaltung seiner Diözese angehe, so sei er nur vor seinem Gewissen, Gott und dem Papste verantwortlich und er bestreite das Recht, Geleise das Recht zu intervenieren. Er beanprucht das Recht, Geleise der Republik zu bekämpfen, wenn diese die Ausübung der Reli- gion und des Kultus gefährdeten. Zahlreiche Katholiken be- grüßten den Kardinal bei der An- und bei der Abfahrt.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

* Viefelsfeld, 15. Juni.

— d. Kaufmannsgericht. Spruchung vom 11. Juni. Der Geschäftsführer der Verlags- und Druckerei des Verlags- In- habers K r o m e auf Zahlung des rückständigen Gehalts für den Monat Mai im Betrage von 200 Mark. Weitere Ansprüche behält sich der Kläger vor, da nach seiner Behauptung der ab- geschlossene Engagementsvertrag bis zum 31. Dezember d. J. lief. Es handelt sich bei der ganzen Sache um die vor einigen Monaten hier erschienene „Viefelsfelder Rundschau“, für die der Beklagte nach seiner Angabe etwa 3000 Mt. gegeben hat und deren Herausgeber der Kläger resp. dessen Vater waren. Kläger behauptet nun, der Beklagte sei Teilhaber gewesen, dem am 1. April der gesamte Verlag abgetreten sei. Kläger sei von da ab Angestellter gewesen, wie ein Vertrag answeise. Der Be- klagte bestreitet dies, er will das Geld für die Errichtung einer Annoncen-Expedition gegeben haben, nicht für die „Rundschau“, nur frisches Bröt- chens stellt sich in gesundheitsgefährdender Weise dar, das gebadene Wasser die innere Masse ballt sich im Mund auf. Je hinuntergeschluckt angenehme Duft- genuss, der bei- Brote noch Zeit als auch die Zeit läßt diese Stoff- lich infolge der Mundspeichel der kann man erme- sie nicht mehrgen- sind, unnötig la- daunsvorwärtig- laure Gärungsge- förper im Ma- und die Masse d- und man wird- solche kompakte- bringen, auf de- zum Darm pass- zu werden. Viele Mageren- frischem Brot- solche hervorger- Vom Standpun- zusammenhängen- daher der Genu-

aber gewesen, dem am
sei. Kläger sei von da
ag ausweise. Der Be-
ür die Errichtung einer
ht für die „Rundschau“,

Viele Magen- und Darmsstörungen sind auf den Genuß von frischem Brot zurückzuführen, noch mehr allerdings werden solche hervorgerufen durch das frische Brötchen am Morgen. Vom Standpunkte einer naturgemäßen Ernährung und damit zusammenhängender rationeller Ausbeute der Nährmittel, sollte daher der Genuß frischen Brotes vermieden werden. Das etwas

Die Einkommensteuernovelle hat, soweit es sich um Ermäßigung wegen Kinderzahl handelt, rückwirkende Kraft für das Steuerjahr 1909. Nach dem jetzt vom „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Erlaß des preussischen Finanzministers haben auch diejenigen, die bereits veranlagt sind (natürlich auch die, deren Reklamation zurückgewiesen war), das Recht, bis spätestens am 25. Juni bei dem Vorpresidenten der Einkommensteuer-Veranlagungskommission Ermäßigung des Steuerbetrags wegen der neuen über die Berücksichtigung der Kinderzahl bei der Steuerveranlagung in der Einkommensteuernovelle vom 26. Mai ergangenen Vorschriften zu beantragen.

* Detmold, 14. Juni. Der Lippische Landtag ist heute nachmittags wieder zusammengetreten. Es stellt sich heraus, daß die Tagung nur kurz sein soll, daß nur die wichtigsten Sachen erledigt werden sollen, weil zu der Beratung der Finanznot des Landes noch keine Gelegenheit gegeben ist. Lippes Finanzen hängen vom Reiche ab, und da in der Frage der Reichsfinanzreform noch kein Ende zu sehen ist, so wird die Verhandlung im lippischen Landtage bis in den Herbst verschoben. Die Regierung läßt sich in einem Schreiben an den Landtag über die Finanzen wie folgt aus: „Der genehmigte und festgestellte Vorschlag der Landtage für das Reich-

Newport, 15. Juni. Die amerikanische Regierung ordnete an, daß zwei Schiffe, die verdächtig waren, Waffen für die Revolutionäre in Venezuela an Bord zu haben, festgehalten wurden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, für
den Inseratenteil: Wilhelm Böttcher, beide in Bielefeld.

Neu eingetroffen: Ein ganzes Manufakturwarenlager

bestehend aus:

Kleiderstoffen, prima Damentuche, schwere Mohairs, **Blusenstoffe**, neueste Dessins.
Waschstoffe, in Leinen, Musseline, Batiste usw. **Posten Tupfenmull**, prima Ware.
Bettdamaste, 130 u. 160 cm breit, la. Qualität, **Schürzenzeuge** in Nessel u. Siamosen.

Ferner: **Posten Handtuch-Reste**
zum Aussuchen Stück **25** ⚡

Servietten
Stück **30** ⚡

Tischtücher
100/150 Stück **95** ⚡

Sämtliche Waren sind auf Tischen im Parterre-Lokal ausgelegt. Dieselben werden bis zur Hälfte des früheren Preises verkauft und sind deutlich mit Blaustift-Preisen versehen.

Posten **Lüster-Joppen**, **Haus-Joppen**, **Knaben-Wasch-Blusen** und **Wasch-Anzüge**
zu spottbilligen Preisen!

Harms & Co., Bielefeld, Jahnplatz.

Sommertheater.
(Brinkhoffs Tonhalle.)

Heute 8 1/2 Uhr, zum 1. Male:
Sie weiss etwas!

Schwank in 4 Akten von R. Kneifel.
Mittwoch, 16. Juni 1909:
Liebesgewitter.

Soeben erschien:
Simplicissimus
Nr. 11.
Buchhandlung „Volkswacht“.

An Hautkrankheiten, Pickel, Kopfausschlag, Flechten, offene Beine Leidende erhalten Rat, wie sie schnell u. gründlich von ihren Leiden befreit werden. **Möller, Herforderstr.**, neben Stadttheaterschule. 3118

In der Buchhandlung „Volkswacht“ ist zu haben:

Jugendgeschichte einer Arbeiterin.
Von ihr selbst erzählt, mit einem : : : Geleitworte von : : : **Aug. Bebel.**
Preis 1 Mk. Porto n. ausw. 10 Pfg.

Künstliche Zähne

mit und ohne Gaumenplatte. 2683
Plombieren und Zahnoperationen schmerzlos.
Behandlung von Krankenkassen-Mitgliedern.

F. W. Möller, prakt. Zahn. Herforderstr.,
neben der Stadttheaterschule.
Mässige Preise Bequeme Zahlung

Gratulationskarten
für alle Gelegenheiten
preis größte Auswahl
Buchhandlung „Volkswacht“.

Willy. Brisch
Album.
1. Die fromme Helene.
2. Abenteuer eines Junggesellen.
3. Fipps, der Affe.
4. Herr und Frau Knopp.
5. Zuluken.
6. Die Haarventel.
7. Bilder zur Johstade.
8. Der Geburtsstag oder Die Parikularisten.
9. Bidelbum.
10. Blisch und Plam.
11. Baldin Bählamm.
12. Maler Klecksel.
13. Vater Filcinus.
Preis: Rm. 1-3 a 1.80 Mk.,
Rm. 4-13 a 1.25 Mk.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung „Volkswacht“.

Liberaler Verein, Bielefeld.

Donnerstag, 17. Juni, abends 8 1/2 Uhr,
in **Remkes Saal:**

Grosse öffentliche Protest-Versammlung

gegen die von der polnisch-klerikal-konservativen Koalition
beschlossenen Reichssteuern.

Vortrag des Herrn Landtagsabgeordneten
Dr. Schepp - Berlin:

Der Kampf um die Reichsfinanz-Reform.

Zu dieser Versammlung werden Mitglieder **aller Parteien**, auch Frauen, eingeladen. Es gilt, der Regierung das Rückgrat zu stärken gegen die Reaktion und Protest zu erheben gegen die Handel, Industrie und Verkehr, sowie die dabei beteiligten Erwerbskreise unseres Volkes schädigenden Steuern. (3251)

Um zahlreichen Besuch bittet

Der Liberale Verein, Bielefeld.

Moderne Herren - Bekleidung

Hüte • Wäsche • Krawatten
Westen

Hervorragende Auswahl
Billige, streng feste Preise.

M. Mosberg

Jölleneckerstrasse 5. 3279

Bekanntmachung.

In dem hiesigen städtischen Schlachthause ist die Stelle eines Hilfsarbeiters bei den Maschinen der Schlachthausanlage zum 1. Juli 1909 neu zu besetzen. Das Gehalt beträgt 1080 Mk. jährlich. Meldungen sind unter persönlicher Vorstellung in der Zeit von 2 bis 8 Uhr nachmittags bis zum 20. Juni 1909 auf dem städtischen Schlachthofe bei dem Schlachthof-Inspektor hier selbst abzugeben.

Herford, den 14. Juni 1909.

Die Polizei-Verwaltung. Dr. Seb.

Kleine Anzeigen-Gef.

Jedes Wort kostet nur 2 Pfg., in der selten Ueberschrift 10 Pfg. * Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet.
Anzeigen unter dieser Rubrik werden nur bei Vorausbezahlung angenommen.

Kochherde,

weiß und schwarz emailliert, wenig gebraucht, in enorm großer Auswahl. Sollen räumungshalber zu jedem nur annehmbaren Preise verkauft werden. Teilzahlung gestattet. Adolf Heine, Ritterstraße 57. 2438

Wiebrod

liefert das Allerfeinste in Heringen zu den jetzt eintreffenden neuen Kartoffeln, das Dtd. 40 und 45 Pfg. Diese Vorzugsofferte ist nicht zu veräumen. (3266)

Fahrräder,

ein Herren- und Damenrad, fast neu, billig abgegeben. S. Giesemann, Amsterd. 1, Schildeke. 3267

Hottohl,

Wiesing und Rohlpflanzen sind noch abzugeben Bleichstraße 185. 3282

Fahrradrahmen

mit Treteager, Lenker u. Sattelstütze (Bielefelder Fabrikat), ein Jahr Garantie, billig zu verkaufen, Kaiserstraße 149. (3067)

Kinderwagen (3247)

zu außergewöhnlich billigen Preisen bei A. Deufert, Gehrenberg 33.

Achtung!

Die feinsten getragenen Herren-Anzüge, Damenshirts, Uhren und Ketten laufen Sie nur am besten und reellsten bei Wilhelm Meier, Nentelstraße 19. 3281

Alampneri

3290*) und Installations-Geschäft auf dem Lande mit bester Kundenschaft ist wegen anderweitiger Geschäft-Übernahme billig zu verkaufen. Offerten unter R. K. an die Expedition d. Zeitung. (3284)

Anzüge,

zurückgekehrt und gebraucht, von 7 Mk. an. Brunnenstr. 12a. (3085)

Parzelle,

5 Stück 10 Pfg., auch prima Simburger Käse empfiehlt Wiebrod, Heeper- und Kaiserstr.-Gde. (2931)

Frau Riemann,

Gebamme, wohnt jetzt Güterloherstraße 84a. Schlachter Schreiber 2tes Haus. 3283

Wohnung,

3 Räume, auch einzeln, zum 1. Juli zu vermieten. Eggel 37. (3285)

Wohnung 3285

von 3 Räumen, im Hause Siefer 355, zum 1. Oktober zu vermieten. Carl Wittenborn, Friedelstraße 8.

Wohnung,

1 oder 2 Räume, mietfrei. Dönnbrüderstraße Nr. 33, I. (3284)

Logis

für 2 junge Leute frei. Welle 36, Parterre. (3289)

Nr. 130

Zum Besuch

Der in den letzten Nummern der englischen Begleitungsblätter, die eine Seite des Britischen Parlamentes, die politische Situation in England erörtern, demonstrieren. Genossen Kantsthy Mitte Oktober in hat das Nationalk ausgedrückt und derung der Bezie sozialistischen Arbeiterpartei be- daß der Parteivor- Besuche in Deut- Genossen Keir H- lischen Arbeiterpa- die Arbeiterpartei Internationalen mäßig behandeln einladen; er muß die übrigen, dem verpartei richter als die vorher er Delegation von schlossenen britisch nur an die Arbeit- gewesen wäre mi- zwischen den engl- Schreiben war w- tion, die auf jeden finden möchte. schiedenste, mit den men, damit beide

Am 16. November wird in Aussicht nicht eingetroffen die mit Keir Har- Erledigung der A- ben wurde kein J- Delegation der en- dort: „Seien Sie- den, um den engl- eine enge Fühlun- scheint.“ Das W- mitgeteilt, daß Organisationen d- glaube aber, daß eine Delegation i- ladung ist also vo- bestehenden Gegen- Ueber den jetz- lichen Arbeiterpa- beiläufige Bemerk- Nationalkomitees worden. Dabei n- donald, der Sel- Parteivorstand na- indes nicht! Dag- dem Parteivorstan-

Veri

35

Als einer der Wochen in Ansp- Trolle über seine und ihn am liebste- Platz zu nehmen.

„Ihr Herr S- Schaffst und lan- die ebenso besette unter dem bechn-

Er brachte er- irgend einen Ach- den ihm Trolle- die Papiere noch- Stück Zigarren ge- aber befritten w- billig“ hergegeben in Aussicht gestell-

Es war eine herausmerkte, auf- er seinen Entschlu- fortwährend zum- er von ihm wissen-

Auch der Nam- heit, die Trolle- als er oben auf- hatte. Dieser W- haben, daß er m-

Zum Schluß herbor. Er habe Zigarren geliefert- führung wegen Be- nommen worden i- sich seiner Sache- Sachen sofort jech- Rechtsanwal die- so würde er ihn-

Er hatte berei- nun nach seiner durch eifriges Ju- Seine gläsernen

Beilage zur Volkswacht.

Nr. 136.

Bielefeld, Dienstag, 15. Juni 1909.

20. Jahrg.

Zum Besuch der englischen Arbeiterdelegierten.

Der in den letzten Tagen stattgefundene Besuch von Mitgliedern der englischen Arbeiterpartei in Deutschland und seine Begleitumstände haben der Presse Anlaß zu Betrachtungen gegeben, die eine Klarstellung notwendig erscheinen lassen.

Das Britische Nationalkomitee für den internationalen Sozialistenkongreß, das aus Vertretern der dem Internationalen Bureau angeschlossenen Parteien besteht, hat im Juli v. J. dem Parteivorstand in Berlin mitgeteilt, daß ihm mit Rücksicht auf die politische Situation die Entsendung einer Delegation nach England erwünscht sei, um dort gemeinsam für den Frieden zu demonstrieren. Diefem Wunsch ist ohne weiteres gern entsprochen worden. Der Parteivorstand hat die Delegation den Genossen Kautsky und Ledebour übertragen und der Besuch hat Mitte Oktober in London stattgefunden. Ueber dessen Verlauf hat das Nationalkomitee dem Parteivorstand seine Befriedigung ausgedrückt und dabei betont, daß damit auch viel zur Förderung der Beziehungen zwischen der deutschen und englischen sozialistischen Arbeiterbewegung beigetragen worden sei.

Anlaßlich dieses Besuches haben Vertreter der englischen Arbeiterpartei der deutschen Delegation den Wunsch geäußert, daß der Parteivorstand Vertreter ihrer Organisation zu einem Besuche in Deutschland einladen möchte. Daraufhin ist dem Genossen Keir Hardie am 5. November als Vertreter der englischen Arbeiterpartei mitgeteilt worden, daß der Parteivorstand die Arbeiterpartei willkommen heiße. Er müsse aber alle dem Internationalen Bureau angeschlossenen Organisationen gleichmäßig behandeln und könne daher die Arbeiterpartei nicht allein einladen; er müsse vielmehr gleichzeitig die Einladung auch an die übrigen, dem Internationalen Bureau angeschlossenen Bruderparteien richten. Dieser Vorbehalt war umso notwendiger, als die vorher erwähnte Einladung an den Parteivorstand zur Delegation von allen, dem Internationalen Bureau angeschlossenen britischen Organisationen ausgegangen war, und eine nur an die Arbeiterpartei gerichtete Einladung gleichbedeutend gewesen wäre mit einem Eingreifen in die Differenzen, die zwischen den englischen Organisationen bestehen. In demselben Schreiben war weiter gewünscht worden, daß die Demonstration, die auf jeden Fall ein großer Erfolg sein würde, bald stattfinden möchte. Der Brief schloß: „Wir wünschen aus dem tiefsten Herzen, mit den englischen Genossen in enge Fühlung zu kommen, damit beide Teile von einander lernen.“

Am 16. November stellte Keir Hardie eine bestimmte Antwort in Aussicht. Als diese jedoch bis zum 2. Dezember noch nicht eingetroffen war, wurde das Britische Nationalkomitee über die mit Keir Hardie geführte Verhandlung informiert und um Erledigung der Angelegenheit gebeten. Auch in diesem Schreiben wurde kein Zweifel gelassen, daß der deutschen Partei eine Delegation der englischen Genossen sehr erwünscht sei. Es hieß dort: „Seien Sie versichert, daß wir unfererseits alles tun werden, um den englischen Genossen zu beweisen, wie wertvoll uns eine enge Fühlung mit unseren englischen Bruderparteien erscheint.“ Das Britische Nationalkomitee hat dann am 5. April mitgeteilt, daß gegenwärtig die dem Komitee angeschlossenen Organisationen die Einladung nicht annehmen können. Es glaube aber, daß es in der nächsten Zukunft möglich sein werde, eine Delegation im gewünschten Rahmen zu senden. Die Einladung ist also vorläufig an den unter den englischen Genossen bestehenden Gegenständen geschickt.

Ueber den jetzt erfolgten Besuch von Mitgliedern der englischen Arbeiterpartei ist dem Parteivorstand zuerst durch eine beiläufige Bemerkung in einem Schreiben des Britischen Nationalkomitees vom 23. Februar d. J. Mitteilung gemacht worden. Dabei war in Aussicht gestellt, daß der Genosse Macdonald, der Sekretär der Arbeiterpartei, deshalb mit dem Parteivorstand noch in Verbindung treten werde. Das geschah indes nicht! Dagegen teilte der Genosse Südkum am 9. März dem Parteivorstand mit, daß er vor einigen Tagen ein Schreib-

ben von Macdonald erhalten habe, in dem dieser mitteilte, daß die Arbeiterpartei es abgelehnt habe, einer gemeinsamen Einladung der britischen Parteien zu folgen. Sie habe aber beschlossen, auf eine Einladung einer Gesellschaft nach Deutschland zu reisen, die letztes Jahr einige deutsche Arbeiter nach England führte. Diesen Besuch habe Macdonald sechs Monate lang verweigert, weil er hoffte, daß die deutsche Partei die Arbeiterpartei empfangen würde. Dem Genossen Südkum ist auf seine Anfrage hin am nächsten Tage mitgeteilt worden, daß der in Aussicht gestellte Besuch der Arbeiterpartei ganz unabhängig sei von der an das Britische Nationalkomitee gerichteten Einladung; der Parteivorstand sei gern bereit, die Arbeiterpartei bei ihrem Besuche in Deutschland zu empfangen. Als darauf von Macdonald keine Antwort erfolgte, ist ihm am 30. April von dieser Absicht des Parteivorstandes noch einmal direkte Mitteilung gemacht worden.

Ganz überraschend teilte dann am 7. Mai Macdonald mit, daß sie angenommen hätten, ihr Besuch sei der deutschen Partei nicht anheim. Sie hätten sich bereits verpflichtet, Deutschland unter der Leitung eines internationalen Reisebüros zu besuchen. Dieser Besuch solle keinerlei Parteifarben tragen. Macdonald bedauerte, daß infolge von Mißverständnissen die Sache einen solchen Verlauf genommen habe und schlug vor, anlässlich ihres Besuches in Berlin die Sache durch eine mündliche Aussprache zu klären.

So stand die Sache, als plötzlich in Berlin ein Ausschuß zum Empfang der „englischen Arbeiterführer“ auftrat, an dessen Spitze Herr v. Berlepsch stand. In einem Zirkular, das den Reichstagsabgeordneten, u. a. auch mehreren bekannten Genossen zugesandt worden ist, wurde mitgeteilt, daß der englische Besuch auf Einladung des deutsch-englischen Verständigungsausschusses erfolgte. Gleichzeitig handelte es sich um eine Erwiderung von mehrfachen Besuchen reichsdeutscher Arbeiter in England. Es sei in Aussicht genommen, den Gästen die namhaftesten Sehenswürdigkeiten und die für Arbeiter besonders bemerkenswerten Einrichtungen Berlins zu zeigen, wobei das Gewerkschaftshaus der Hirsch-Dunderschen Vereine an erster Stelle genannt wurde. Weiter hieß es: „In London sind die deutschen Arbeiter im vorigen Jahre durch S. M. den König selbst, durch Vertreter des Ministerrats und des Reichstages, sowie durch den Lord Mayor und andere führende Persönlichkeiten empfangen und begrüßt worden. Bei der Kürze der Zeit werden offizielle Empfänge dieser Art für den bevorstehenden Besuch kaum in Aussicht genommen werden können.“ Zum Schluß wurde zu Beitrittserklärungen zum Ausschuß aufgefordert. Neben Berlepsch gehörten auch der Vorsitzende der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, Goldschmidt, und die Abgeordneten Wiemer und Schreiber dem Ausschusse an.

Partei und Gewerkschaften hatten begreiflicherweise nicht die geringste Neigung, den freisinnigen Plottenanstellern, den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften und der vorgeordneten Gesellschaft für soziale Reform als Staffage zu dienen. Parteivorstand und Generalkommission sind daher übereingekommen, sich an diesen Veranstaltungen nicht zu beteiligen.

Zwischen den Mitgliedern der Arbeiterpartei: Macdonald und Frau, Barnes, Chines und Jewell und Mitgliedern des Parteivorstandes und der Generalkommission der Gewerkschaften haben dann während des Besuches wiederholte und eingehende Aussprachen stattgefunden. Die englischen Genossen mußten dabei zugeben, daß den deutschen Genossen wegen ihres Verhaltens keinerlei Vorwürfe gemacht werden können. Sie hätten allerdings aus der nur bedingten Einladung der Arbeiterpartei in Verbindung mit dem bekannten Briefe des Genossen Bebel an Bruce Glasier (August 1908) geschlossen, daß ihr Besuch bei der deutschen Partei keine freundliche Aufnahme finden werde. Unsere englischen Freunde übersehen dabei jedoch, daß bereits im September v. J. Partei und Gewerkschaften in Berlin englische Arbeitervertreter — darunter auch Mitglieder der Arbeiterpartei — in einer riesigen Versammlung in der Hofgalerie aus freundschaftlicher Begrüßung und gemeinsam mit ihnen für

den Frieden demonstriert hatten, und daß einige Wochen später eine Delegation der deutschen Partei zu gleichem Zwecke in England war. Ueber die Bereitwilligkeit der deutschen Partei zu solchen Veranstaltungen hätten demnach bei der englischen Arbeiterpartei Zweifel nicht mehr bestehen sollen. Immerhin mag angegeben werden, daß bei den langwierigen, schriftlichen Verhandlungen und bei den so sehr verschiedenen Verhältnissen der beiden Länder Mißverständnisse entstanden sind, die eine Verständigung erschwert haben.

Die englischen Genossen erklärten weiter, daß sie wegen den für sie in Deutschland zu treffenden Veranstaltungen mit dem Reisebureau nur allgemeine Richtlinien festgelegt hätten; die Einzelheiten dieser Veranstaltungen hätten sie erst bei ihrem Eintreffen in Deutschland kennen gelernt. Ihre Reise hätte privaten Charakter tragen sollen, außer dem Empfang von städtischen Verwaltungen seien offizielle Empfänge nicht erwünscht gewesen. Nachdrücklich verwahrten sie sich gegen eine auch in die deutsche Parteipresse übergegangene Behauptung des Genossen Glasier im „Labour Leader“, die vermuten ließe, daß die Kosten ihrer Reise von der deutsch-englischen Reisegesellschaft getragen würden; sie seien vielmehr auf ihre eigenen Kosten gereist. Es muß hier auch festgestellt werden, daß eine solche oder ähnliche Mitteilung dem Genossen Glasier, der einige Tage vorher in Berlin war, von Mitgliedern des Parteivorstandes oder der Generalkommission nicht gemacht worden ist.

Weiter sei man sich einig, daß die mündlichen Aussprachen von großem Werte waren, die leidige Angelegenheit damit als erledigt zu betrachten sei, und nun von beiden Seiten alles geschehen müsse, um ein gutes Verhältnis und eine möglichst enge Fühlung der Arbeiterbewegung in England und in Deutschland herbeizuführen.

Parteinachrichten.

Genosse Hermann Goldstein †. Nach langem Leiden ist Montag, 14. Juni, vormittags gegen 10 Uhr, Genosse Hermann Goldstein im Krankenhaus zu Dresden gestorben. Seit länger Zeit litt Goldstein an Arterienverkalkung; nicht lange nach Beginn der letzten sächsl. Landtagsession warf ihn sein Leiden auf das Krankenlager, von dem er sich nicht wieder erheben sollte. Vergeblich suchte er Heilung in dem Sanatorium zu Kreischau bei Dresden, sein Zustand verschlimmerte sich, und er wurde wieder in das Krankenhaus nach Dresden gebracht. Nun hat ihn der Tod von seinen Leiden erlöst. Unser verstorbenen Genosse ist 57 Jahre alt geworden. Mit Goldstein ist wieder einer der ältesten sächslischen Genossen dahingegangen; sehr jung kam er zur Partei und sehr jung schon in recht verantwortliche Stellen, in denen er sein Bestes zu geben bemüht war. Vor fast 2 Jahrzehnten übernahm er die Leitung des Zwickauer Parteiblattes, die er bis zu seiner Erkrankung behalten hat. 1891 wurde er in den sächslischen Landtag gewählt, dem er bis 1898 angehörte; der Wahlrechtsraub von 1896 machte eine Wiederwahl unmöglich. Trotz des elenden Wahlrechtes gelang es Goldstein 1905 aber doch, als einziger Sozialdemokrat wieder in den sächslischen Landtag zu kommen. Er hat sich wader gehalten — als Einziger gegen die ganze reaktionäre Korona. Im Reichstagsvertrat er seit 1903 den 19. sächslischen Reichstagswahlkreis Stollberg-Schneeberg. Die Partei verliert in ihm einen ihrer besten Streiter und wird ihm immer treues Andenken bewahren.

ac. Samuel Gompers Studienreise. Der Präsident des amerikanischen Arbeiterbundes schiffte sich am 19. Juni in New York ein, um eine dreimonatliche Reise nach Europa zu unternehmen. Er wird dem englischen Gewerkschaftskongreß, sowie der internationalen Konferenz der gewerkschaftlichen Landessekretäre beiwohnen, die im August in Paris oder London stattfinden wird. Herr Gompers wird England, Frankreich, die Schweiz, Italien, Desterreich und auch Deutschland besuchen. Herr Gompers, der sich bekanntlich in schroffen Gegensatz zu unsern amerikanischen Genossen befindet, von der Sozialdemo-

Verbundene Augen.

Roman von Max Kreher.

35 (Nachdruck verboten.) Als einer der wenigen Klienten, die ihn in den ersten Wochen in Anspruch nahmen, stellte sich Schaffsky ein. Trotzdem Trolle über seinen Wert bereits zur Genüge erfahren hatte und ihn am liebsten gar nicht angehört hätte, nötigte er ihn doch, Platz zu nehmen.

„Herr Herr Schwiiggerbater hat mir Sie empfohlen“, begann Schaffsky und langte sofort ein ganzes Bündel Papiere hervor, die ebenso besetzt waren, wie das helle Sommerjackett, das unter dem beschmutzten Paletot hervorluchte.

Er brachte erst die Nase dem Schreibstisch sehr nahe, um irgend einen Nachbegeruch für seinen Zigarrenstummel zu fuchen, den ihm Trolle auch zuschob; dann legte er los, hielt aber die Papiere noch krampfhaft fest. Er habe jemand tausend Stück Zigarren geliefert, ganz „reelle Ware“, deren Wert nun aber bestritten werde. Er hätte die Zigarren gar nicht „so billig“ hergegeben, wenn ihm nicht dabei „ein anderes Geschäft“ in Aussicht gestellt worden wäre.

Es war eine verwickelte Geschichte, die, wie Trolle sofort herausmerkte, auf verschleierte Bücher hinauslief. Trotzdem er seinen Entschluß sofort gefaßt hatte, ermunterte er Schaffsky fortwährend zum Weiterreden und holte so alles heraus, was er von ihm wissen wollte.

Auch der Name Schneider fiel, und zwar mit einer Offenheit, die Trolle lebhaft wieder an jenen Wallabend erinnerte, als er oben auf der Galerie das würdige Aleeblatt belauscht hatte. Dieser Mensch mußte ein solches Jutragen zu ihm haben, daß er mit seinen Andeutungen nicht zurückhielt.

Zum Schluß rückte Schaffsky noch mit einer zweiten Sache hervor. Er habe einen Künstler eine goldene Uhr und ebenfalls Zigarren geliefert, und nun hätte man gegen ihn eine Untersuchung wegen Betruges eingeleitet. Er sei bereits einmal vernommen worden und möchte den „Herrn Doktor“ gebeten haben, sich seiner Sache warm anzunehmen. Er sei bereit, für beide Sachen sofort sechzig Mark Vorbehalt zu zahlen. Wenn der Herr Rechtsanwalt die Sache als zu seiner Zufriedenheit durchführte, so würde er ihn zu seinem „fländigen Anwalt“ anerkennen.

Er hatte bereits drei Finanzmarktstücke hervorgeholt, die er nun nach seiner Gewohnheit zwischen den Fingern hielt und durch eifriges Fühlen noch einmal auf ihren Wert hin prüfte. Seine gläsernen Augen waren dabei auf Trolle gerichtet, wie

ins Weissenlose hinein. In Wahrheit erkannte er dessen Mienenpiel ganz gut und zwar mit dem Scharfblick des Sehenden, der in einem dunklen Raume allmählich die Gegenstände erkennt.

Wie immer, konnte er sich schwer von seinem Golde trennen, und so hielt er die Goldstücke wie mit Krallen fest. Es war, als erwartete er, man würde zugunsten seiner Bekanntschaft mit Dantelberg auf einen Vorbehalt verzichten. Dann, als Trolle auch noch schwieg, nachdem er die Schriftstücke bereits aus der Hand gelegt hatte, zählte Schaffsky vorsichtig die Goldstücke auf den Tisch. Er wollte sein Gegenüber dadurch zum Sprechen bringen.

Plötzlich jedoch fuhr er auf, als Trolle bedauerte, seine Sache nicht vertreten zu können. Er glaubte, nicht richtig verstanden zu haben.

„Aber Sie sind doch Rechtsanwalt?“ krächte er hervor.

„Ich glaube, Ihnen keinen Erfolg versprechen zu können“, warf Trolle ein.

„Das können Sie doch gar nicht wissen, Herr Doktor.“

„Das weiß ich“, entgegnete ihm Trolle so bestimmt, daß er sehr kleinlaut wurde.

Aber Ihr Herr Schwiiggerbater sagte mir doch, daß ich bei Ihnen aufgehoben sein würde.“

„Dann hat sich mein Schwiiggerbater eben geirrt.“

„Das ist mir noch nicht passiert.“

Trolle sagte nichts mehr, die Unterredung war zu Ende.

Schaffsky fühlte wieder nach den Goldstücken, brachte sie in seinem großen, altmodischen Portemonnaie unter und raffte mit derselben Blindheit die Papiere zusammen.

An der Tür blieb er noch einmal stehen. Während er sich mit seinem großen bunten Taichentuch schmeuzte, weil er an einem ewigen Schnupfen litt, sagte er: „Schade, recht schade. Ich hätte viel für Sie zu tun gehabt, Herr Doktor. Sehr viel.“

Dann möchte ich nur einmal wissen, was Ihr Herr Schwiiggerbater sagen wird, wenn er einmal zu Ihnen kommt, und zwar in der Sache...“

Er wollte noch etwas hinzufügen, befaß sich aber, tastete nach der Türklinke und ging kopfschüttelnd hinaus, ungefähr wie jemand, dem etwas Unberührtes passiert ist.

Am andern Tage wurde bereits Dantelberg davon. Trolle begegnete dem Alten auf der Treppe, als er von ihm angebrochen wurde.

„Wenn Sie so fortfahren, werden Sie Ihr Bureau bald schließen können, Herr Doktor“, sagte er, nachdem er auf Schaffsky zu sprechen gekommen war. Ihre Kollegen werden Sie auslachen.“

„Das ist meine Sache, Herr Dantelberg“, gab Trolle zurück, ärgerlich über diese Anrede.

„So. Meinen Sie? Das wollen wir doch einmal sehen. Statt Geld in die Kasse zu bekommen, lassen Sie Ihre Schreibstühle die Federhalter zerkaufen. Und Ihr Bureauvorfteher verkauft Mantelaffen zum Fester hinaus.“

„Sie haben doch nicht darunter zu leiden“, wandte Trolle wieder ein.

„Aber es kostet —“

„Das Geld Ihrer Frau Gemahlin, ich weiß schon“, unterbrach ihn Trolle. „Das werde ich stets mit großem Danke anerkennen.“

Dantelberg, der einige Stufen unter ihm stand, hatte wieder sein höhnisches Lächeln bereit. Er hatte ganz etwas Anders sagen wollen, bezwang sich aber nun und erwiderte spöttisch: „Aber das Geld meiner Frau gehört auch zur Familie. Ich werde nicht dulden, daß Sie so unsinnig wirtschaften.“

Trolle titelte es, ihn einmal gehörig von sich abzuschnüffeln, und so sagte er kalt: „Ich muß ergebenst bitten, mich mit solchen Dingen nicht auf der Treppe zu belästigen.“

„Was, belästigen?“ rief Dantelberg hinter ihm her. „Sie belästigen mich, Herr Doktor. Sie haben mich schon lange belästigt.“

Er polterte die Treppe hinunter und sprach dabei laut vor sich hin.

Trolle war vom Gericht gekommen und wollte nun zu Mittag essen. Aber der Appetit war ihm vergangen, trotzdem sich Emma, wie immer, liebevoll um ihn bemühte. Auf ihre Fragen, ob ihm etwas Unangenehmes passiert sei, gab er ausweichende Antwort, denn er wußte, daß sie sich mehr darüber ärgerte als er selbst.

Am Abend kam eine neue Aufregung. Es lag irgend etwas in der Luft, was ihm verheimlicht werden sollte. Er bemerkte es an der Miene seiner Frau, an der Gedrückttheit seiner Schwiiggermutter, die auffallend schweigsam war.

„Sie hätten meinen Mann nicht so beleidigen sollen, Herr Felix“, sagte sie endlich.

„Ich habe ihn mir nur abgewehrt, beste Frau Schwiiggermutter“, erwiderte er ärgerlich.

„Ich muß Ihnen die Eröffnung machen, daß ich Ihnen den Zudruck nur noch so lange geben kann, als Sie hier bei uns im Hause wohnen. So leid es mir tut“, fuhr sie fort. „Deshalb hätte ich es gern gesehen, wenn Sie zu meinem Manne nicht so schroff wären. Er will nur genommen werden.“

„Wie er es bei seinen zahlreichen Opfern getan hat. Ich bedaure sehr, mich dazu nicht aufschwingen zu können.“

ger

Dessins.

a Ware.

iamosen.

cher

95

Anzüge

feld,

platz.

ne

ldung

rawatten

wahl

erg

e 5.

3279

hung.

thause ist die Stelle der Rühlhausanlage Das Gehalt beträgt unter persönlicher Vor nachmittags bis zum Schlachthofe bei dem

tung. Dr. H. B.

Anzüge, und gebraucht, von 7 Mk. monatlich. 12 a. 13085

Harzläse, auch prima Vm-läse empfiehlt Wiesbrod, id Kaiserstr.-Ecke. 12931

u Riermann, wohnt jetzt Gütersloher-a. Schlachter Schreiber. 3283*

Wohnung, auch einzeln, zum 1. Juli en. Eggel 37. 13285*

Wohnung 3285* umen, im Hause Dieter 355, Oktober zu vermieten. Carl n, Fröbelstraße 8.

Wohnung, 33. I. 13284*

Logis, 3289*

unverfügbare Zeitsammen-
zufälle in den Tagen, so kann
lang gegeben. Bei Er-
krankungen mit Schokoladen-
artenberechtigung war aus-
reichend, da die Larven in
den Tagen dienen. Im Früh-
jahr, wenn das Blut ge-
schluckt, seltener in Keller-
Uhlenhuths enthielten. Die
Herkunft Kinder- bzw.
in Embryonen, wofür kein
sein, sind nach den Er-
gebnissen 1907 und auch 1908
n. Im September und
20 Personen (meist Kin-

Der „Diamantensfabrikant“ Lemoine vor Gericht. Paris
14. Juni. Der zweite Prozeß gegen den Diamantensfabrikanten
Lemoine ist heute eröffnet worden. Der Angeklagte konnte be-

lauernd schieden sie einander näher, zichen sich zurück, die schlanken gebräunten Körper sind in steter Erwartung gespannt, dann, mit einem plötzlichen Sprunge beginnt ein Angriff, wird abgeschlagen, der Gegner weicht aus, der Angreifer springt zurück und alles harret auf den nächsten Gang, indes die im Strei-

Amt Brachwebe. Beim hiesigen Standesamt sind in der
Zeit vom 16. bis 31. Mai angemeldet:

Geburten: Söhne: Fabrikarb. Heinr. Ermshaus
 Sennerstr. 16; Bleicharb. Wilhelm Bunzemeier, Senne 1 192
 Maurer Albert Kempf, Friedrichsdorfstr. 105; Zementau-
 Gottlieb Ederlamp, Quersr. 7; Schlosser Aug. Baumhöfener
 Bielefelderstr. 92b; Ziegelmeister Karl Sielemann, genannt

Ellermann, Niederstr. 129; Arbeiter Adolf Böckermann, Senner-
straße 92a; Gärtner Heinrich Michael Seel, Niederstr. 108.

Töchter: Fabrikarbeiter Friedrich Wilhelm Emil Kuschmann,
Ummelnerstr. 19; Fabrikarb. Karl Bentlage, Senne 1 148;
Maurer Heinrich Depenbrock, Senne 1 130; Messerschmied Karl
Heinrich Eduard Hülsewede, Kaiserstr. 145b; Kaufmann August
Maack, Gütersloherstr. 76a; Fabrikarbeiter Peter Wörmann,
Senne 1 137; Glasmacher Wilhelm Kaufold, Gütersloherstr. 8;
Bleicherarbeiter Hermann Rantole, Senne 1 93; Arbeiter Her-
mann Heidebreder, Senne 1 38; 3 uneheliche Geburten.

Aufgebote: Tischler Wilhelm Sudhölter, Quelle 99,
und Anna Brindöpfe, Senne 1 10; Bleicherarbeiter Karl Vahren-
holt, Senne 1 121, und Ida Wöllenbrod, Senne 1 198; Fabrik-
arbeiter Franz Hagedorn, Bielefeld, Burgstr. 17, und Pauline
Wittmer, Quelle 36; Maler Oskar Unger, Spinnerei Vor-
wärts 7, und Frieda Hengst, Bielefeld.

Geburten: Tischler Franz Wente, Bielefeld,
Hallerweg 123, und Martha Frommhold, Bergstr. 13; Arbeiter
Hermann Bollmeier, Solterstr. 50, und Minna Lubwig, ge-
nannt Müller, Friedrichsborferstr. 72; Arbeiter Heinrich
Steffen, Bielefeldstr. 100, und Valentine Bucino, Bielefeld;
Anreißer Wilh. Ziemann, Gadderbaum, Gütersloherstr. 111,
und Martha Breitenbach, Bergstr. 18; Former Karl Klein-
kamp, Grünstr. 31, und Luise Bedmann, Senne 1 97; Bäcker
Karl Hüder, Ummela 64, und Johanne Wessel, Niederstr. 44;
Maurer August Sinnenbrügger, Senne 1 161, und Wilhelmine
Grundmann, Bielefeld.

Sterbefälle: Johanne Louise Hofkamp, geb. Dör-
meyer, 34 J.; Leibzüchter Johann Heinrich Bentlage, 79 J.;
Senne 1; Emma Graumann, 16 J.; Leibzüchter Johann Hein-
rich Kobbentbrint, 84 J., Senne 1; ein unbekannter Mann;
Frieda Stratenberger, 1 J., Senne 1; Johanne Friederike Hen-
rieke Heitmann geb. Ellermann, 56 J.; Johanne Friederike
Westerheide geb. Kethoge, 67 Jahre.

Herford.

Tagesordnung

für die am Donnerstag, den 17. Juni 1909, nachmittags 3 Uhr,
stattfindende

Stadtverordneten-Sitzung.

Vorlage des Magistrats betr.:

1. Schaffung der Stelle eines zweiten Oberlehrers und
einer zweiten technischen Lehrerin an der höheren Mäd-
chenschule.
2. Bewilligung der Vergütung für Modelarbeimehrstunden
dieselbst.
3. Erhöhung des Schulgeldes an der höheren Mädchens-
chule.
4. Bewilligung von 160 Mark für Tintenfüller an der
Schule Diebenerstraße.
5. Fluchtlinienpläne für den Bürger Fußweg, Venterweg
und die Friedhofstraße.
6. Bewilligung von 2641,60 Mark an die Erben Wäcker-
meister Strunt hier für Abtretung der Parzelle Flur I
zu Nr. 3262/2222 an die Stadt.

Herford, 10. Juni 1909.

Der Stadtverordneten-Vorsitzer: Lüden.

Ordnung

Betreffend die
Erhebung von Luftbarkeitssteuern
im Bezirke der Stadt Herford.

Auf Grund des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung
vom 29. Januar und 19. Februar 1909 wird hierdurch in Ge-
mäßheit der §§ 15, 18 und 82 des Kommunalabgaben-Gesetzes
vom 14. Juli 1893 nachstehende Ordnung, betreffend die Er-
hebung von Luftbarkeitssteuern im Bezirke der Stadt Herford,
erlassen:

§ 1. Für die im Bezirke der Stadt Herford stattfindenden
öffentlichen Luftbarkeiten sind an die hiesige Kammereigasse nach-
stehende Steuern zu entrichten:

1. Für die Veranstaltung einer Tanzbelustigung:
a) wenn diese bis 11 nachts dauert . . . 5 Mark,
b) wenn diese bis über 11 Uhr nachts dauert . . . 10 "
c) wenn dieselbe von Masken bejudet wird . . . 20 "
2. Für die Veranstaltung einer Kunstvorstellung:
a) wenn bei derselben ein Eintrittsgeld von
höchstens 0,50 Mk. erhoben wird . . . 5 Mark,
b) wenn bei derselben ein Eintrittsgeld von
mehr als 0,50 Mk. und bis zu 1,50 Mk.
erhoben wird . . . 15 "
c) wenn bei derselben ein Eintrittsgeld von
mehr als 1,50 Mk. erhoben wird . . . 30 "
3. Für die Veranstaltung eines Konzertes oder
einer Theatervorstellung . . . 3 "
4. Für Gesangs- und deklamatorische Vorträge
(sog. Singel-Tangels) für den Tag . . . 10 "
5. Für das Aufstellen eines mechanischen oder
anderen Musikinstrumentes, Grammophons,
Chronophons, Phonograph usw. in Gastwirt-
schaften, Schenken, öffentl. Vergnügungs-
lokalen, Buden oder Zelten für das Rech-
nungsjahr . . . 15 "
6. Für Vorstellungen von Gymnastikern, Equi-
libristen, Ballet- und Seiltänzern, Tischen-
spielern, Zauberkünstlern, Bauchrednern und
dergleichen:
a) wenn bei derselben ein Eintrittsgeld von
höchstens 0,20 Mk. erhoben wird, für den
Tag . . . 2 "
b) wenn bei derselben ein Eintrittsgeld von
mehr als 0,20 Mk. erhoben wird für den
Tag . . . 4 "
7. Für das Halten eines Karussells:
a) eines durch Menschen oder Tiere ge-
drehten für den Tag . . . 5 "
b) eines anderweitig, als zu a) angegebenen,
gedrehten für den Tag . . . 12 "
8. Für das Halten einer Schaufel für den Tag . . . 3 "
9. Für das Halten einer Schiebende oder an-
derer als durch Würfel veranstalteten Glück-
spiele für den Tag . . . 3 "
10. Für öffentliche Belustigungen der vorher nicht
gedachten Art, insbesondere für das Halten
eines Marionetten-Theaters, einer Würfel-
bude, für das Vorzeigen eines Panoramas,
Nachsichtentafel, Museums, je nach
dem zu erwartenden Gewinn des Unter-
nehmens für den Tag . . . 0,50—5 "
11. Für Veranstaltungen in Kinetographen,
Biographen und für ähnliche Veranstaltungen
für den Tag . . . 2—5 "

§ 2. In dem in § 1 Ziffer 1 gedachten Falle schließt die
höhere Steuer die niedere in sich.
Die unter Ziffer 5 des § 1 aufgeführte Steuer ist auch für
jedes im Laufe des Rechnungsjahres aufzustellenden Instru-
ment zu entrichten.

In den in § 1 Ziffer 10 und 11 gedachten Fällen erfolgt
die Festsetzung der Steuer von Fall zu Fall durch den Magistrat.

§ 3. Die Steuer ist vor Beginn der Luftbarkeit und be-
züglich der Tarifstelle 5 in § 1 am Beginn des Rechnungs-
jahres, bezw. 14 Tage nach der erfolgten Aufstellung eines der
gedachten Instrumente zu zahlen. Für die Zahlung haftet der-
jenige, der die Luftbarkeit veranstaltet und — falls ein ge-
schlossener Raum für die Veranstaltung der Luftbarkeit her-
gegeben wird — der Besitzer desselben, dieser solidarisch mit dem
Veranstalter auf das Ganze.

§ 4. Den öffentlichen Luftbarkeiten im Sinne dieser Ordnung
werden diejenigen gleichgestellt, welche von Vereinen oder ge-
schlossenen Gesellschaften veranstaltet werden. Dem Magistrat
soll es überlassen bleiben, mit solchen Vereinen usw. für mehrere
Jahre ein Uebereinkommen betreffs Zahlung eines Jahres-
pauschalquantums an Stelle der Einzelsteuern abzuschließen; diese
Uebereinkünfte bedürfen der Genehmigung des Bezirksaus-
schusses.

§ 5. Als öffentliche Luftbarkeiten im Sinne dieser Ordnung
gelten diejenigen nicht, bei welchen ein höheres wissenschaftliches
oder Kunstinteresse obwaltet. Bei öffentlichen Luftbarkeiten,
deren Reinertrag zu einem wohltätigen oder gemeinnützigen
Zwecke bestimmt ist, kann die Zahlung der Steuer von dem Ma-
gistrat erlassen werden. Luftbarkeiten, welche zur Feier patrio-

tischer Feste veranstaltet werden, bleiben steuerfrei, wenn sie
an dem Gedächtnis selbst stattfinden. Sofern diese Voraus-
setzung nicht zutrifft, kann die Steuer für die Luftbarkeit von
dem Magistrat erlassen werden.

§ 6. Betreffs der Rechtsmittel gegen die Heranziehung zur
Steuer nach dieser Ordnung wird auf die Bestimmung in den
§§ 69 und 70 des Kommunal-Abgaben-Gesetzes vom 14. Juli
1893 verwiesen.

§ 7. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser
Ordnung unterliegen einer Strafe von 3—30 Mark.

§ 8. Unberührt bleiben die im Bezirke der Stadt Herford
geltenden, die Veranstaltung von öffentlichen Luftbarkeiten be-
treffenden polizeilichen Vorschriften.

§ 9. Vorstehende Steuerordnung tritt am 1. April 1909
in Kraft.

Herford, den 23. Februar 1909.

Der Magistrat.

Auffe. Dr. H. Dr. Lange. Herm. Müller
H. Schönsfeld. Horstmann.

Genehmigt auf Grund der §§ 18 und 77 des Kommunal-
abgabengesetzes vom 14. Juli 1893.

Minden, 12. März 1909.

Der Vorsitzende des Bezirks-Ausschusses.

L. S.

J. B. Bartels.

Zu der vorstehenden Genehmigung wird gemäß § 77 des
Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 und des Mini-
sterialerlasses vom 26. Juni 1907 Nr. d. f. IV b 1167 — §. 11
6672 III 10 936 mit der Maßgabe die Zustimmung erteilt,
daß im § 4 die Worte „in den ihnen eigentümlich gehörenden
Räumen oder in Räumen von Wirtschaften und sonstigen Ge-
bäuden“ gestrichen werden.

Münster, 7. April 1909.

Der Oberpräsident von Westfalen,

L. S.

J. A. Kirchner.

Vorstehende Ordnung wird hiermit zur öffentlichen Kennt-
nis gebracht.

Herford, 10. Juni 1909

Der Magistrat.

Dr. H. H.

Milchuntersuchung.

Die Gemische Untersuchung entnommener Milchproben hatte folgendes
Ergebnis:

Name des Milchveräußers	Untersuchungs-Ergebnisse spezifisches Gewicht	Fettgehalt	Trocken- substanz	Bemerkungen
Karl Althoff, Herrnhagen	1,031	2,9 %	11,85 %	
Wöning, Lindemannshof, Schötmär	1,031	2,8 %	11,77 %	
Blomeyer, Wilh., Herrnhagen	1,031	3,4 %	12,4 %	
Dr. Schroeder, Schwarzenmoor	1,032	2,7 %	11,62 %	
L. Buscher, Radew. Feldm.	1,033	2,8 %	11,82 %	
Meyer zu Sieders- dissen, Cidum	1,0295	3,7 %	12,45 %	

Vollmilch muß enthalten: 1,028 bis 1,034 spezifisches Gewicht, 2,7 %
Fettgehalt und 11,5 % Trockensubstanz.

Herford, den 12. Juni 1909.

Die Polizeiverwaltung.

Der II. Bürgermeister. Dr. H. H.

Bei Magenkatarrhen der Erwachsenen muß eine leicht ver-
dauliche Nahrung gegeben werden, welche dem Körper außerdem recht
viele Nährstoffe zuführt. Als solche Nahrung ist „Kupfer“ zu
empfehlen, da dasselbe leicht verdaulich ist und durch seinen Gehalt an
Eiweiß- und Mineralstoffen eine kräftige Nahrung darstellt. 13280

Die grosse Prüfungsfahrt über 505,1 Km.

für leichte Tourenräder

zeigt den überlegenen Wert einer einzigen Fahrradmarke.

Welchen positiven Erfolg brachte die grosse Prüfungsfahrt über 505,1 Km.
für leichte Tourenräder, welche unter der Bezeichnung „Grosser Preis der In-
dustrie“ auf der Strecke Berlin-Trebbin-Liebenwerda-Bautzen-Zittau-Gör-
litz-Muskau-Luckau-Zossen am ersten und zweiten Pfingstfeiertage veran-
staltet wurde?

Die deutsche Sportgemeinde hatte ein grosses Interesse daran, einmal
offiziell festgestellt zu sehen, welchen sportlichen Wert die neuerdings von allen
Seiten angebotenen, leichten Räder haben. Es wurden daher nur Tourenräder
im Gewichte von 21 bis 27 Pfund zugelassen.

Von vornherein sei bemerkt, dass die bei dieser Prüfungsfahrt benutzten
leichten Tourenräder gegenüber den Rennrädern anderer Preisklassen eine ganz ge-
waltige Ueberlegenheit zeigten, denn es wurden mit den leichten Tourenrädern Durch-
schnittsgeschwindigkeiten erzielt, die einfach fabelhaft sind. Diese 505,1 Km.
lange Tour wurde von der Spitzengruppe, welche aus 4 Fahrern bestand, die
geschlossen durchs Ziel gingen, in 20 Stunden zurückgelegt. Dies ergibt eine
Stundendurchschnittsgeschwindigkeit von 25 rund Km.

Dies wäre der Erfolg der leichten Tourenräder im allgemeinen.

Wir kommen nun zur Marke. Dabei machte sich das „Dürkopp“-Rad in
eigenartiger Weise geltend. Nicht nur, dass in der oben erwähnten Spitzengruppe
von 4 Mann, welche geschlossen durchs Ziel gingen und wobei man gewisser-
maßen sämtliche 4 Fahrer als Sieger ansehen muss, da das Vorderrad des
ersten nur wenige Handbreiten vor dem Vorderrad des Zweiten über das Ziel
ging, zwei „Dürkopp“-Räder vertreten waren, und nur ein Rad der Marken
B. und N. — Auf „Dürkopp“-Rädern wurde ausserdem der erste Vereinspreis
gewonnen. Diesen Preis gab es für durchschnittliche Leistungen der kon-
kurrierenden Vereine. Es ist bezeichnend, dass der Forster Verein, welcher
den ersten Vereinspreis erzielte, ausschliesslich mit „Dürkopp“-Rädern ins
Rennen ging.

Aber auch über die prozentuale Ueberlegenheit hinsichtlich der Sieges-
Chancen eines leichten stabilen „Dürkopp“-Fahrrades ergab die grosse Prüfungs-
fahrt für leichte Tourenräder ganz bestimmte Anhaltspunkte.

Von den 15 Preisen wurden allein auf „Dürkopp“ 5 Preise gewonnen,
nämlich: der 2., 4., 11., 12. und 14. Die nächst sich bemerkbar machenden
Marken B., A. und N. hatten nur je 2 Siege aufzuweisen.



Diese Zuverlässigkeitsfahrt für leichte Tourenräder hat aber auch ergeben,
dass — dem Eingeweihten war dies längst bekannt — die „Dürkopp“-Räder
tatsächlich die leichtesten sind. Wir führen nachstehend die niedrigsten Gewichte
der siegenden 15 Räder an, und zwar:

Nr. 26 mit Freilaufbremse	11,8 Kg. Dürkopp
„ 41 „	12,1 „
„ 8 „	12,2 „
„ 21 „	12,4 „

Diese Feststellung wurde von Mitgliedern des Gauvorstandes gemacht.
Daraus geht hervor: Hinsichtlich der Leichtigkeit stehen die leichten, stabilen
„Dürkopp“-Räder an erster Stelle, aber auch die zweite, dritte und vierte
Stelle nehmen sie noch für sich in Anspruch. Das leichteste Rad der siegenden
Konkurrenz kommt erst nach „Dürkopp“ und zwar an fünfter Stelle.

Die Zuverlässigkeitsfahrt für leichte Tourenräder ergab weiter: Auf
„Dürkopp“ wurden mehr als doppelt so viele Preise erzielt, als auf den
nächsten, sich bemerkbar machenden Marken. Für das Publikum und für die
Händlerchaft war es bislang nicht leicht, unter den vielen Anpreisungen leichter
Räder die wirklich leichteste Marke herauszufinden, denn jeder rühmte sich, die
leichteste und haltbarste Maschine zu bauen. Die obige Feststellung dokumentiert
in durchaus korrekter und nicht etwa reklamehaft übertriebener Weise die ta-
sächliche Ueberlegenheit der leichten, stabilen „Dürkopp“-Maschine.

Es wird noch ausdrücklich bemerkt, dass die „Dürkopp“-Werke hin-
sichtlich der Maschinen keine Kunststücke machten, sondern den Fahrern
Maschinen lieferten, wie solche katalogmässig gegeben werden.

Dürkopp & Co., A.-G., Bielefeld.

General-Vertreter: **Louis Stratemann.**

Verkaufsstellen:

Conr. Brakemeier, Rohrteichstr. :: Louis Voss, Kaiserstr.

Abonnementspreis
für Bielefeld und Umge-
gend wie bei sämtlichen Agenten
ins Haus gebracht 60 Pf.
lich. Durch die Post
1,80 Mk. vierteljährlich
Bestellgeld.

Einselnummer 10 Pf.

Erscheinungssta-
mit Ausnahme der Son-
nstage täglich nachm.

Preis pro Anschlag R.

Mr. 137.

Die heutige

Der Artikel des
erschieden ist, hat die
arbeiterverband“. E-
tion und führt dann
Die Resolution be-
vor der Majestät. S-
vorgehoben, daß der
beitsruhe überall dor-
Arbeiterinteressen m-
arbeiter-Resolution,
jagen, daß im int-
schränkenden Sake i-
daß es „sämtlichen p-
zur Pflicht“ gemacht
streben“!

Man kann es un-
am 1. Mai aufpassen
Organisation von der
Einfluß des Metall-
Einzelpersonen sowol-
schluß, am 1. Mai zu
aller sich aus der Art
Dieser Passus der Ri-
nationsgedanken, de-
einigenmal veröffentl-
Hunderttausende von
munternden oder ab-
sammen, nein: er tre-
dessen das Lebenselen-
rischen Grundgedanke

Seit den Berliner
die ganze deutsche, ja
Deutschen Metallarbei-
teiler. Die Taktik di-
einen nur den Kreis
Nichtungshinweis. D-
find sich die 129 De-
gewesen, und deshalb
einer der bedauerlich-
Arbeiterorganisation
an dem Bau herume-
nationale Arbeiterfor-
Bau, der nimmermehr
recht zwar, aber doch
nicht gering, daß an-
spiele folgen, und daß
des Monument der
mutes des internatio-
fallenen Denkmal der
wie er zuweilen auf
schleicht. Gerad-
sich hüten, den Reize
nicht das Gerede auf-
nisse von 1906 eine
taktik eingegeben.

Die Resolution bi-
rinner Zahl. So wi-
einstimmung innerha-
beit der Arbeitsruhe
für die Arbeitsruhe
mühsamsten Verleug-
heißt „völlige“ Uebe-
organisationen das i-
nur nach Beschließen
loser, Uebereinstimm-
genommen sind, dan-
Entwicklungsmöglich-
dem Zukunftsglauben
haltung der modernen
den grandiosen Ausb-
Proporzbestimmungen
Und da soll plötzlich
len werden können,
erreichen war, das k-
gut wie niemals

Wenn Reichel gel-
Arbeiterchaft irgen-
dann hätte man kein
einem Guß, tatsächlich
er aber wohl oder ü-
nicht nur die Arbeit-
ja sogar Parlament-
Arbeitszeitverkürzung
drücklich erklärte, „di-
lange nicht eingetret-
wegen tiefen Gehal-
klast in seinem Refe-
zweiten Teile des
wirtschaftlichen, die
duellen — Grundlag-
ruft, können sich ni-
heißt allen Erfahr-
mit Reichel — de-
Maßemonstration d-
tragen, diese und j-
morgen oder überm-
stoppt und verschütt-
erregte Stände